

GEWERKSCHAFTEN AM SCHEIDEWEG

Prof. *Goelz Briefs*, der einer Reihe unserer Kollegen durch seine Publikationen über „Das gewerbliche Proletariat“, über „Gewerkschaftstheorie“, über die Ordnungsfragen des industriellen Betriebs bekannt ist und dessen Arbeiten sowohl die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland wie auch die Theorie der Arbeiterbewegung beeinflusst haben, hat sich nun durch sein neues Buch: „Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus“, das den Untertitel trägt „Die Gewerkschaften am Scheideweg“ (Leo Lehnen Verlag, München) nicht nur — wie er selbst sagt — vom Inhalt seiner grundlegenden Arbeiten vor 1933 entfernt und ist zu einem Kritiker und Theoretiker der Gewerkschaftsgegner geworden. Es kann ihm der Ruhm zugesprochen werden, seit 1945 die grundlegendste, umfassendste und gefährlichste Ideologie gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung, ihre Forderungen und Zielsetzungen geschrieben zu haben.

Es ist erschreckend, wie ein Sozialwissenschaftler wie Briefs, der wichtige Beiträge zur Entwicklung der deutschen Soziologie vor 1933 geleistet hat, der doch zweifelsohne während seines Aufenthalts in den USA Bekanntheit mit der positiven Sozialforschung gemacht hat, Grundsätze aufstellt und Gesetze, die mit positiver Sozialwissenschaft nichts mehr zu tun haben und kaum mehr etwas mit Sozialphilosophie, sondern in den Bereich von Ideologien verwiesen werden müssen, in denen die nötige Arbeit der positiven Forschung übersprungen wird und das Material der Analyse und Bewertung aus den allgemeinen Erfahrungen einerseits und aus den Privatheiten der „Wirtschaftsspezialisten“, wie Betriebsleiter, Vorstände und Aktionärsvertreter, zum anderen genommen wird.

Dabei ist bereits der Ausgangspunkt von entscheidender Bedeutung. Es dürfte wohl wenig Bücher auf Seiten der Arbeiterbewegung und wohl keine Publikation der deutschen Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung geben, in der „der Marxismus“, seine Interpretation wie die Einschätzung seiner Wirksamkeit im theoretischen und ideologischen Bewußtsein der deutschen Arbeiterbewegung noch diese wichtige Rolle spielt wie in dem vorliegenden Buche, wo die Bedeutung des „Marxismus“ nicht unmittelbar aufgewiesen, sondern den Ausführungen und Verhaltensweisen der Mitglieder und Repräsentanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung entweder bewußt oder unbewußt „marxistische“ Beweggründe und Grundeinstellungen einfach unterschoben werden. Dies fällt dem Verfasser um so leichter, als er die klassische konservative Kritik am „Marxismus“ sich zu eigen macht, wie sie in der Ideologie des politischen Katholizismus und in der Ideologie des katholisierenden Konservativismus gang und gäbe ist. Es fehlt deshalb in diesem Buche kein bedeutender Name dieser Schule von *Bonald*, *Maistre*, *Donoso Cortés* bis zu *Fedor Stepun*. Mit ihnen sieht er im Marxismus nichts anderes als den Ausdruck eines säkularisierten Denkens, das sich von den alten Ordnungen und Werten des Christentums immer mehr entfernt hat, diese unterhöhlt und sie endlich in Form von Pseudoreligionen und pseudoreligiösen Sozialordnungen zu ersetzen versucht. Marxismus und Sozialismus sind dabei die legitimen Erben der Aufklärung und des Idealismus, die im Grunde nicht eine Überwindung dieser Denksysteme darstellen, sondern ihre höchste Ausformung. Diesem „falschen“ Denken wohnt eine zwingende Wirkkraft inne, die sich zum einen in „dialektischen“ Überschlügen der Denksysteme äußert, zum anderen in der Ausbildung von sozialen Ordnungen, in

denen die Hoffnungen der Denker wie der ihnen anhängenden Massen in ihr Gegenteil zwangsläufig verkehrt werden. Das Produkt dieser Entwicklungen — deren Unabdingbarkeit Goetz Briefs nur dann ablehnt, wenn sie von der Gegenseite ins Treffen geführt wird — sind die totalitären Sozialordnungen verschiedenster Prägung. Allen Totalismen ist eines gemeinsam: die Mißachtung der personalen Würde des Menschen, die totale Unterwerfung des Individuums unter das Kollektiv. Neben dem kommunistischen und sozialistischen Totalismus führt Goetz Briefs eine neue Form des Totalismus den Lesern vor: den syndikalen Totalismus.

Diesem Denken in „Gesetzen“ entspricht das Denken in „Typen“ und „Typologien“ und „historischen Perioden“. So spricht Briefs von Wirtschaft, Politik, Betrieb, Gesellschaft, Kapitalismus, Sozialismus, Staat, Gewerkschaft, Unternehmer, Funktionär, Experte, Arbeiter, Arbeitsdirektor, Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, als handele es sich dabei um soziale Gebilde, Sektoren sowie Verhaltensweisen, die durch Ideen bestimmt sind, die ihr Wesen ausmachen, und nach der Erfüllung ihres Wesens in der Abweichung davon und auch durch dessen Verlust begriffen werden könnten. In der Darstellung des Wesens der sozialen Erscheinungen ergeben sich dann natürlich zwingend ihre Bewertung, ihre Be- und Verurteilung sowie ihre Wesensaufgaben, die sie zu erfüllen haben.

Dabei sind die soziologischen Aufschlüsse des Verfassers oft überraschend positiv. Sein typologisches und periodisches Denken wird jedoch da offensichtlich unzureichend, wo er die Wirklichkeit in die vorgegebene Schematik seiner konservativen Geschichts- und Gesellschaftsauffassungen zwingt, wie in der Darstellung der totalitären Periode als mögliche dritte Periode des Liberalismus, die mit dem bezeichnenden Satz endet: „Ein ontologischer Irrtum über den Menschen hat seinen vollen Lauf genommen . . .“; oder in dem Versuch, die Totalismen als Produkte des Demokratismus — dieser als eine Bewegung der Ausdehnung des demokratischen Prinzips auf immer weitere Gebiete der Gesellschaft und als eine umfassende Weltanschauung bestimmt — mit der Begründung zu beweisen, daß aller Demokratismus — nicht als historischer Zufall, sondern als Wesensgesetzmäßigkeit — im Despotismus enden müsse, weil sein Prinzip inkongruent sei zum Sein, zur Wirklichkeit des Menschen und der Gesellschaft, und nicht zuletzt in dem Versuch, einen syndikalen Totalismus nachzuweisen oder vielmehr eine ideologische Bewegung des Syndikalismus, die in einem Totalismus endet, den er wörtlich als „die Diktatur einer gewerkschaftlich firmierten allmächtigen und allwissenden Bürokratie“ bezeichnet.

Diese Art der Darstellung läßt ihrem Charakter nach kaum eine Auseinandersetzung zu, man kann über die in ihr vorhandenen Teile aus der positiven Sozialforschung diskutieren sowie über die sozialphilosophische Position, In der Verbindung gehört sie jedoch in den Bereich der Ideologie, der Propaganda und nicht in den der politischen Theorie und Wissenschaft.

So ist seine Auffassung vom Betrieb als Gemeinschaft, als unpolitische private Ordnung, als nichtdemokratisierbares Gebilde allzusehr darauf zugeschnitten, die Unmöglichkeit, Unvernünftigkeit und Gefährlichkeit der gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung zu beweisen.

Es ergibt sich jedoch die Politisierung der Wirtschaft aus den organisatorischen Veränderungen der Wirtschaft in den letzten 100 Jahren. Wirtschaftliche Macht als politisches Mittel gehörte stets zu den Grundlagen des liberalistisch-kapitalistischen Systems. Seine Befreiung von der merkantilistischen Zwangsordnung war ein politischer Akt, der auf der ökonomischen Macht des Dritten Standes beruhte, Die Erzwingung der Liberalisierung der Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnung im 19. Jahrhundert zeigt eindeutig den unmittelbaren Zusammenhang von Wirtschaft und Politik.

Die Funktion des Betriebs als Mittel der Erzwingung nicht nur von technischer Disziplin, nicht nur zur Durchsetzung ökonomischer Autorität, sondern als Mittel der Unterwerfung aller Versuche der Arbeiterschaft, sich selbst zu bestimmen, der militaristisch-ständisch organisierte Betrieb, die Auswirkung dieser Betriebsordnung auf das außerbetriebliche, private und öffentliche Leben der Gesellschaft kann von keinem Sozialwissenschaftler mehr übersehen werden. Diese militaristisch-ständische Organisationsform des Betriebs, die als politische Organisation gesehen werden muß, kann höchstens — nach Briefs — ihrer Schärfe durch soziale Temperierung beraubt werden. Wo es um Veränderungen von Organisation und Verhaltensweisen geht, um die Gestaltung des industriellen Arbeitsraums als Lebensraum, werden nur ethische Forderungen und Psychotechnik angeboten. Die technischen Vorgegebenheiten des Betriebsgeschehens erlauben — nach Briefs — keine Demokratisierung; die vorgegebenen marktbestimmten ökonomischen Verhaltensweisen verbieten jede Demokratisierung und erst recht jeden Eingriff von außen, denn diese Akte würden zu einer „Politisierung“ des betrieblichen Geschehens führen. Hier zeigen sich offensichtlich Widersprüche: Man kann nicht auf der einen Seite den Betrieb als autonomes Gebilde — als sich selbstbestimmende Organisation im Rahmen der Marktwirtschaft — sehen, also als „Gesellschaft“, um in der Frage der Mitbestimmung der Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb das Argument der gemeinschaftlichen Einheit dieses gesellschaftlichen Gebildes auszusprechen.

über die Geschichte der Forderung nach Mitbestimmung und darüber hinaus über Grund, Ziele wie Institutionen, hat der Verfasser Auffassungen, deren Quellen allzu offen liegen, als daß sie geprüft erscheinen können. Darüber hinaus unterläuft ihm ein bezeichnender Irrtum — bezeichnend, weil er die Quellen seiner schnell gesammelten Informationen enthüllt — in der Auffassung von der Institution und Funktion des Arbeitsdirektors als Teil der Mitbestimmung.

Prof. Briefs sieht die Institution des Arbeitsdirektors als einen Teil der Mitbestimmung und damit als einen Teil der Demokratisierung des Betriebes und der Wirtschaft. Diese Ansicht ist jedoch falsch. Die Institution des Arbeitsdirektors ist nur eine notwendige Voraussetzung für die effektive Durchführung der Mitbestimmung in den Großbetrieben. Die Einrichtung des Arbeitsdirektors ergibt sich zwingend aus der fortschreitenden Arbeitsteilung des betrieblichen Managements. Er stellt nichts anderes dar als die Personifizierung der Anerkennung des „Faktors Mensch“ im kapitalistischen Betrieb. Er stellt also keineswegs den verlängerten Arm der Gewerkschaften in den Vorständen der großen Einheiten dar, und der Widerspruch seiner Handlungsweisen liegt nicht so sehr im Widerstreit des betrieblichen Prinzips der Kostenbeachtung und des gewerkschaftlichen Prinzips der Forderung zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer ohne genügende Rücksicht auf die Kostenfrage, sondern in der Tatsache, daß das Prinzip der sozialen Rationalität in der kapitalistischen Wirtschaft nicht ein Prinzip unter anderen ist, sondern ein neues Prinzip. Dies ist jedoch der Widerspruch aller sozialpolitischen Maßnahmen im Rahmen des kapitalistischen Systems, ist der Widerspruch des sozialtemperierten Kapitalismus, den auch Briefs sieht und den aufzulösen er keine Wege aufweist. Der Arbeitsdirektor hat im gegenwärtigen Wirtschaftssystem die Aufgabe, unter den Voraussetzungen der Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung dem Faktor Mensch im wirtschaftlichen Geschehen die höchstmögliche Beachtung zu sichern.

Wie ist die Frage der sozialen Rationalität in der Wirtschaft gegenüber der ökonomischen und technischen Rationalität zu lösen? Das Problem der sozialen Rationalität war für das liberal-kapitalistische System kein Problem. In dem Augenblick, als es zum Problem des Systems wurde, wurde das System selbst problematisch. Mit dem Problem der sozialen Rationalität der Wirtschaft kam ein Grundsatz des Wirtschaftens auf, der dem Grundsatz des liberal-kapitalistischen Systems widersprach. Der soziale Grundsatz des Wirtschaftens ist kein Grundsatz des Wirtschaftens „unter anderen“. Er ist ein neuer Grundsatz, dem gerecht zu werden dem liberal-kapitalistischen System mit seiner Vorherrschaft der Prinzipien der kapitalistisch-ökonomischen Rentabilität wie der kapitalistisch-technischen Effektivität versagt war und versagt ist.

Es wäre äußerst aufschlußreich, sowohl für die Sozialwissenschaften als auch für die Gewerkschaften, wenn Prof. Briefs das ihm zweifellos im großen Umfange zur Verfügung stehende Material über die Betriebspraxis in Werken mit Mitbestimmung veröffentlichen würde. Er würde damit der Sozialwissenschaft, der Gewerkschaftsbewegung wie dem Management mehr dienen, als durch die Aufstellung von Verhaltenstypologien des Arbeitsdirektors, deren Material die allgemeine Erfahrung zu sein scheint.

Die Forderung nach Mitbestimmung bezeichnet Goetz Briefs als eine Verirrung, als eine besondere Form des Demokratismus, dessen Ende nur der syndikale Totalismus sein kann. Es ist richtig: Es gibt keine vorgegebene Identität von Gewerkschaftsinteresse und Interesse des Betriebs; es gibt jedoch auch keine vorgegebene Identität des Interesses des Betriebs mit dem Interesse der Gesamtheit; es gibt keine vorgegebene Identität des Interesses der Gewerkschaft mit dem Interesse der Gesamtheit, sondern höchstens eine situationsbedingte Interessenidentität. Es darf jedoch als vorgegeben behauptet werden, daß das Interesse der Gesamtheit durch das Interesse der Gewerkschaft mehr repräsentiert wird als durch das Interesse der Betriebe, und es darf deshalb nicht gefolgert werden, daß das Interesse der Gewerkschaft grundsätzlich nicht mit dem Interesse des Betriebs identisch sein kann, da das Interesse des Betriebs vorgegebenerweise Teil des Interesses der Gesamtheit sein kann. Die Mitbestimmung stellt nichts anderes dar als den organisatorischen Versuch, eine Annäherung des betrieblichen und des Gesamtinteresses herbeizuführen. Solche Annäherung ist möglich durch die regulativen Eingriffe überbetrieblicher Instanzen sowie durch Mitbestimmung der betrieblichen Praxis durch Gruppen, die sowohl in den Betrieben als auch in der Gesamtheit repräsentiert und engagiert sind. Wird jedoch die Praxis der regulativen Eingriffe von vornherein als Störung abgelehnt, die Selbstregulierung der Interessen im Mechanismus des Marktes gesehen, dann ergibt sich zwingend, daß auch der zweite Weg als „Störung“ gewertet und deshalb abgelehnt werden muß. Eine vorgegebene Identität von Betriebsinteresse, Gruppeninteresse und Gesamtinteresse kann jedoch unter keinen Umständen gesetzt werden, weder unter der Voraussetzung des Funktionierens des Marktmechanismus, noch unter der der Planung, noch unter der Voraussetzung der Mitbestimmung. Alle drei Annahmen stellen Ideologien dar, die sich auf den sozialen Prozeß negativ auswirken können, sich jedoch nicht negativ auswirken müssen. Es ist aber ein großer Grad von Annäherung der Interessen zu erwarten durch eine Kombination von zwei Praktiken oder gar von dreien. Die Ausschließlichkeit besteht nur im Prinzip, die Unvereinbarkeit nur in der Idee, die soziale Wirklichkeit stellt stets eine vielfältige Ordnung nach einer Reihe von Prinzipien dar. Wenn der Grundsatz der Selbstregulierung durch den funktionierenden Marktmechanismus gesetzt wird, so ist dieser Grundsatz ein Glaubenssatz, der nicht beweisbar ist

und seiner Natur nach auch nicht bewiesen werden muß. Dagegen ist die überbetriebliche Regulierung ein Organisationsmerkmal unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems, und zwar ein kennzeichnendes Merkmal. Die Ausdehnung der überbetrieblichen Regelung ist eine Tatsache, über deren Notwendigkeit so lange nicht gestritten werden kann, als der Beweis der Selbstregulierung nicht erbracht ist. Ob notwendig oder nicht — für die Gewerkschaftsbewegung gilt es, diese wirtschaftspolitische Tatsache anzuerkennen, wenn sie eine realistische Politik treiben will.

Die Koppelung von Planung und Mitbestimmung stellt jedoch keine Dritte Ordnung dar oder gar ein III. Reich, in dem alle Probleme sich lösen oder gelöst sind. Sie stellt auch keine Entscheidung zwischen Ost und West dar, sie ist nichts anderes als der Versuch, sozialorganisatorische Fragen im Rahmen des Möglichen und Notwendigen anzugehen und zu lösen. Diese Koppelung ist kein Wunderinstrument, aber sie ist ein politischer Weg, der mit den Vorgegebenheiten und Notwendigkeiten rechnet-, sein Erfolg ist wahrscheinlicher, nicht mehr.

Goetz Briefs sieht jedoch beide Wege — Planung wie Demokratisierung — als böse Wege zum Bösen an, und das sitzt bei ihm — getreu der konservativen Tradition — in Moskau. Daß Planung nach Moskau führen kann, wissen wir; daß Reglementierung zur totalen Diktatur führen kann, ist die teuerste Erfahrung der deutschen Nation; daß jedoch Demokratisierung die Quelle eines Totalismus ist — ist zumindest überraschend. Sehen wir ab von den Ideologien der totalen Demokratie und wenden wir uns der Geschichte zu, so stellen wir fest: Seit der politischen Bewegung der Jakobiner kennen wir in der europäischen Geschichte keine Erscheinung des Totalismus, die in der Ausweitung der Demokratie ihren Grund hatte, sondern daß im Gegenteil der Totalismus die Einengung der Demokratie auf ein gesellschaftliches Gebiet — wie im Bonapartismus — oder deren Vernichtung — wie im Faschismus und Stalinismus — als Kennzeichen trägt. Wir kennen kein totalitäres System, das sich durch Demokratisierung der einzelnen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens auszeichnen würde.

Wir deutschen Gewerkschafter setzen dabei Parlamentarismus und Demokratie nicht gleich. Wir verstehen unter Demokratie das Recht und die Möglichkeit zur Selbstbestimmung des Einzelnen, der Gruppen wie der Gesellschaft. Bei seinem Studienaufenthalt in Deutschland scheint Briefs eines übersehen zu haben: Das Anwachsen der antidemokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Es ist bezeichnend, daß der kommunistische Totalismus bis zum Überdruß zitiert wird, der faschistische Totalismus jedoch kaum Erwähnung findet.

Gänzlich abwegig ist der Begriff des syndikalen Totalismus. Der Syndikalismus unterscheidet sich von Sozialdemokratismus und Kommunismus nicht allein dadurch, daß er „die Gewerkschaft“ als Zentrum und Motor der Arbeiterbewegung sieht, sondern weit mehr durch die Ablehnung des Staates als Regulativorgan, die Ablehnung des Parlamentarismus im bürgerlich-demokratischen Sinne, durch die Ablehnung des Zentralismus und Bürokratismus. Seine bedeutendsten Kennzeichen sind: die Utopie der totalen Demokratie sowie die Utopie von der Macht der Spontaneität der Massen.

Wenn heute die deutschen Gewerkschaften und ihre Bestrebungen im Begriffe des Syndikalismus gefaßt werden können, so höchstens in dem Sinne, daß sie wie der klassische Syndikalismus getragen werden vom Haß gegen alle Formen der Unfreiheit — in diesem Sinne ist diese Bezeichnung für uns deutsche Gewerkschafter nur eine Auszeichnung. Die stalinistische Praxis in Rußland in einem Atemzuge mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ihrer Zielsetzung und ihrer Praxis zu nennen, ist eine Verletzung der Pflicht des

Wissenschaftlers zur Unterscheidung, ist nur möglich, wenn eine ideologische Verhärtung und Blindheit vorliegt: Der konservative Ideologe und Dogmatiker zeigt sich hier in seiner ganzen Herrlichkeit und Gefährlichkeit.

Goetz Briefs zeigt der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine Alternative: Entweder sie beschreitet den Weg zu seinem ökonomischen syndikalischen Totalismus oder sie besinnt sich auf ihre wesentliche Aufgabe innerhalb eines sozialtemperierten Kapitalismus. Dies ist verwunderlich, denn Goetz Briefs erkennt die sozialen Veränderungen, die Auflösung alter ständischer Ordnungen, die Zerschlagung der traditionell kapitalistischen Führungsgruppen, die Veränderung der Wichtigkeit der Klassen, den Ausverkauf der alten Ordnungsvorstellungen; er erkennt die Schwächen der restaurativen Demokratie und die neue Macht der Arbeiterbewegung, die sich in der Ideologie, Organisation und Aktivität der deutschen Gewerkschaftsbewegung manifestiert. Diese Alternative ist gerade in der gegenwärtigen Situation unreal, da die Wirtschaftspolitik von ihren Grundsätzen der Liberalisierung abgeht, sich abkehren muß zu einer Praxis der immer umfassenderen Reglementierung. Soll die Zukunft auf der Routine der Funktionäre des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgebaut werden? Hier fehlt die Aufweisung möglicher und von Briefs auch eingestandener Notwendigkeit der Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft von dieser Seite. Wo ist auf der anderen Seite die Führungsgruppe, ihre Organisation, ihre Theorie oder Ideologie, welche die großen sozialorganisatorischen und sozialpädagogischen Aufgaben nur allein zu übernehmen willens ist, geschweige denn fähig oder auch nur eine Möglichkeit aufzuweisen imstande wäre? Goetz Briefs spricht vom Ständerecht der organisierten Arbeiterklasse; dieses Ständerecht, also ein Privileg, ist jedoch das Privileg der Mehrheit des Volkes. Es sind die Rechte des arbeitenden Volkes. Sie sind Grundrechte oder aus den Grundrechten abgeleitete oder ableitbare Rechte, sie sind die Rechte einer Demokratie in einer industriellen Welt. Wenn die Personrechte des Arbeiters mehr sein sollen als leere Formeln, so muß die Grundlage der Möglichkeit des Arbeiters, Person zu sein — nämlich Arbeit zu haben, seinen personalen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu haben, über die materielle Grundlage zur personalen Selbstbestimmung zu verfügen — gegeben sein. Der sozialtemperierte Kapitalismus konnte bis heute diese Grundlagen der Personalität des Arbeiters nicht sichern. Die Gewerkschaftsbewegung konnte die Rechte des Arbeiters nur immer verteidigen. Sie sah von Depression zu Depression, von Krieg zu Krieg ihre Erfolge schwinden und ihre Aufgaben wachsen. Diese wachsenden Aufgaben können in einem Satze zusammengefaßt werden: Die Grundlagen zur personalen Selbstbestimmung des Arbeiters müssen gesichert werden. Dies ist nicht möglich ohne die organisatorische Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Und dies ist nicht möglich ohne die Veränderung der Auffassung vom Menschen und der Gesellschaft. Es muß beides getan werden.

Ethische Aufrufe hat die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte bis zum Überdruß gehört. Die Disziplin der deutschen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren hat ihren Willen zur Verantwortung und zur Zusammenarbeit beinahe bis zur Kapitulation vor der Restauration mit ihrem offen gewerkschaftsfeindlichen Willen gezeigt. Der Aufruf des Professors Goetz Briefs, der sein Buch den Gewerkschaften und den Arbeitern gewidmet hat — es ist rührend und fragwürdig zugleich, wenn Unternehmer, Unternehmerfunktionäre und Unternehmerideologen sich heute so sehr um die Personrechte des Arbeiters in den Organisationen und Bestrebungen der Arbeiterbewegung besorgt zeigen — kommt einem Aufruf gleich, sich der Willkür der Reaktion völlig auszuliefern.

Karl Bungardt

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Gewerkschaftliche Entscheidung geistig Schauender

„Der DGB hat die Gründung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nicht nur zahlenmäßig, quantitativ, registriert, sondern er hat sie als eine grundsätzliche gewerkschaftliche Entscheidung geistig schaffender Menschen begrüßt und ist entschlossen, zusammen mit ihr aus dieser Entscheidung durch eine konstruktive Kulturpolitik der sozialen Idee geistige und sittliche Kräfte zu gewinnen.“
Hans Böckler

Ohne den geschichtlichen Tatsachen Gewalt anzutun, kann man in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften drei Stufen feststellen, deren jede sich von der vorhergehenden dadurch unterscheidet, daß sich in ihr das Aufgabengebiet erweiterte und der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit verlagerte. Die Gewerkschaften waren zunächst nur auf die Regelung lohn- und sozialpolitischer Verhältnisse bedacht. Daraus entstand ein System tarif- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen nicht zuletzt deswegen, weil die Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Forderungen in diesem Bereich wirksame Kampfmaßnahmen entwickelt hatten. In der zweiten Phase erfolgte ein Vorstoß in den wirtschaftspolitischen Raum, der in dem „Entwurf zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft“ seine programmatische Grundlage fand. Er wurde zwar erst 1950 veröffentlicht, geht aber in seinen entscheidenden Grundkenntnissen auf die Zeit nach der Jahrhundertwende zurück.

Die dritte Phase hat mit dem Münchener Gründungskongreß 1949 begonnen. In ihr behalten die bisherigen Aufgaben der Gewerkschaften ihr Gewicht; aber es kann schlechterdings nicht übersehen werden, daß in § 2 Satz 1 der in München beschlossenen Satzung als Zweck des Bundes die Vertretung der gemeinsamen Interessen auf allen Gebieten, insbesondere der Wirtschafts-, Sozial- und *Kulturpolitik* bezeichnet wird. Hier sind die über die traditionellen wirtschafts- und sozialpolitischen hinausgehenden neuen Aufgaben sichtbar; sie ergeben sich aus der Hinwendung zur Kulturpolitik.

Als *Karl Marx* am 18. April 1848 in Berlin ein „Zentralkomitee für Arbeiter“ gründete, bestand dessen geschäftsführender Vorstand aus drei Akademikern und vier Arbeitern. Die zentrale Organisation „Arbeiterverbrüderung“, die aus diesem Komitee hervorging, stellte neben lohn- und sozialpolitischen auch — und das ist kaum noch bekannt — schulpolitische Forderungen auf: unentgeltliche Volksschule und Lernmittel!

Diese beiden Ansätze: die höchst aktive Teilnahme von Akademikern am gewerkschaftlichen Leben und das Interesse für das allgemeine öffentliche Schul- und Bildungswesen sind im Laufe der Zeit verkümmert. Mehr und mehr zogen sich die akademischen Berufe aus der Gewerkschaftsbewegung zurück, und es zeigte sich, daß die deutsche Intelligenz unfähig war, die historische Realität der deutschen Arbeiterbewegung zu begreifen. Sie hat, wie *Hans Böckler* anklagend in Goslar feststellte, „die deutsche Arbeiterbewegung unter einer Vielzahl sekundärer Aspekte betrachtet, aber nicht erkannt, daß sie die primäre gesellschaftliche Macht unserer Zeit ist und daß aus ihr, aus ihren Notwendigkeiten, die gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit gestaltet werden müssen“.

Aber auch der zweite Ansatz ging unter. Das Interesse der Gewerkschaften konzentrierte sich auf die Ausgestaltung des gewerkschaftseigenen Schulungs- und Bildungswesens, und es erschöpfte sich darin. Dieses Schulungswesen war schon in der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung vorgebildet und hatte eine spezifische Aufgabe. Sowohl nach der Seite der Wissensvermittlung als auch nach der Seite der Menschenformung hat es diese Aufgabe vorbildlich gelöst. Es ist bezeichnend, daß keiner der früher und keiner der heute amtierenden Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften sein geistiges Rüstzeug dem öffentlichen Bildungswesen verdankt. Die Gliederung dieses Bildungswesens hat an keiner Stelle einen Weg für die Ausbildung dieser Begabungsrichtungen entwickelt. Es ist ebenso bezeichnend, daß sich die offizielle Pädagogik mit dem gewerkschaftseigenen Bildungswesen — trotz seiner nachweisbaren Bedeutung — nicht beschäftigt hat. Man nahm voneinander keine Notiz.

*

Der § 2 der Satzung des Gründungskongresses 1949 bekundet die Absicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die umfassende Bildungsarbeit der Gewerkschaften hinaus in den Raum des öffentlichen Bildungswesens vorzustoßen und auf die Gestaltung dieser Bildungseinrichtungen auf allen Stufen Einfluß auszuüben. Für den Unkundigen blieb zunächst die Frage offen, ob der DGB auch über die Menschen verfügte, die sich im besonderen dieser neuen Aufgabe annehmen könnten. Die Frage fand erst ihre Antwort, als ihm bewußt wurde, daß unter den 16 Gründungsmitgliedern auch eine bisher unbekannte Gewerkschaft genannt war: *die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft*. Und nun konnte es niemandem mehr als ein Zufall erscheinen, daß die Ausweitung des Aufgabengebietes der Gewerkschaften nach der Seite der Kultur- und Schulpolitik zusammenfällt mit dem Anschluß des „Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (ADLLV)“ als „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)“ an den Deutschen Gewerkschaftsbund. Hans Böckler bekannte, daß ihm mit der Gründung der GEW eine alte gewerkschaftliche Hoffnung und ein alter gewerkschaftlicher Wunsch erfüllt wurde, weil er in ihr die Verbindung sah zwischen geistig schaffenden Menschen unseres Volkes und ihren handarbeitenden Kameraden. „Das aber ist“, sagte er, „die notwendigste Vereinigung unserer Zeit, denn erst aus der festen Verbundenheit der Kopf- und Handarbeiter wird die soziale Bewegung die Kraft schöpfen können, um die großen sozialen und kulturellen Aufgaben der Gegenwart zu lösen.“

Und wenn wir nun feststellen, daß mit der GEW eine beachtliche Zahl von Akademikern wieder den Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung fand — und wenn wir darauf hinweisen, daß der 4. Satz des von der GEW in München eingebrachten Antrages für jedes Kind und jeden Jugendlichen aus öffentlichen Mitteln die Hilfe verlangt, die ihm eine seinen Anlagen entsprechende Ausbildung sichert, dann wird offenkundig, daß die fast auf den Tag 100 Jahre alten Ansätze von 1848 wieder aufgenommen worden sind.

Selbst in den Kreisen der Mitglieder hat es anfangs leichtes Befremden erregt, als der ADLLV den Weg in die Gewerkschaften ging. Es ist auch nicht so, als ob die führenden Männer und Frauen sich über alle einzelnen Motive bis zum letzten völlig im klaren gewesen wären, als sie diesen Weg einschlugen. Aber bei einer rückschauenden Betrachtung werden nicht etwa nur die Beweggründe durchsichtiger, sondern es zeigt sich auch, daß dieser Weg der einzig richtige und überhaupt mögliche war.

Zunächst drängte wohl das unausgesprochene Bedürfnis des Schwächeren, sich der Kraft und dem Schütze eines Stärkeren anzuvertrauen. Von größerem Gewicht aber war der Wille zum Neubeginn, der in der Lehrerschaft nach 1945 erwachte und der in der Dortmunder Vertreterversammlung 1948 am stärksten zum Ausbruch kam; und hier erfolgte auch die spontane Entscheidung für den Eintritt in den DGB britische Zone.

In seiner Würdigung des Mitbegründers und 1. Vorsitzenden des ADLLV nach 1945, des Hamburger Lehrerführers Max *Traeger*, schildert einer der maßgeblich beteiligten Männer, *Prof. Rodenstein*, die dramatische und spannungsgeladene Szene: „Ein schlecht beratener Regierungsvertreter eines deutschen Landes hatte auf dieser Vertreterversammlung, auf der auch der Anschluß an den DGB zur Sprache stand, von einem ‚gewerkschaftsimitierenden Verhalten‘ der Lehrerschaft gesprochen. Ich höre heute noch Max Traeger neben mir am Vorstandstisch wie einen gereizten Tiger knurren. Unvergeßlich ist allen Beteiligten, wie er den Vorsitz der Vertreterversammlung abgab und dann wie ein Stier mit gesenkten Hörnern in die Arena stieg und in wild hingeworfenen Sätzen, die jeder ein Keulenschlag waren, die Unabhängigkeit der Lehrerschaft und ihren Willen zur eigenen Gestaltung ihres Schicksals verkündete. Unvergessen auch, wie ein Landesverband nach dem anderen und auch die Vertreter der amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone auf die Frage Traegers, ob sie dem angegriffenen Regierungsvertreter oder ihm folgen wollten, Mann für Mann und Fähnlein für Fähnlein aufstanden und sich für Max Traeger erklärten, der in diesem Augenblick die Periode der durch Krieg und Entnazifizierung demoralisierten Lehrerschaft abschloß.“

Der Anschluß erfolgte nicht an eine Organisation schlechthin. Wäre es der Lehrerschaft ausschließlich um die Vertretung ihrer materiellen und standespolitischen Interessen, um Gehaltspolitik und Beamtenrechte gegangen, hätte der Anschluß an eine Beamtenorganisation nahegelegen, zumal es noch nicht vergessen war, daß gerade der Deutsche Lehrerverein im Deutschen Beamtenbund die entscheidende und führende Rolle gespielt hatte. Der Anschluß erfolgte vielmehr an eine Großorganisation, die sich unter den nach 1945 entstandenen im besonderen dadurch auszeichnete, daß sie nicht auf die Restaurierung früherer Zustände, sondern auf eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet war. Was an Verlautbarungen der Gewerkschaften bekannt wurde, zeigte dem noch unentschieden Suchenden, daß dem Erneuerungswillen Gedanken und Absichten zugrunde lagen, die sich mit dem Willen der Lehrerschaft deckten. Und man erkannte, daß die Neuordnung der Wirtschaft nur als ein Teil der umfassenden Neuordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens gelten kann. Untrennbar mit ihr verbunden, sie fördernd und sichernd, ist die Neuordnung des Schul- und Bildungswesens. Es ist ein Teil des gesellschaftlichen Lebens, und seine Erneuerung steht in dem Dienste derselben Aufgabe: nämlich, den Gedanken der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit auch im Bildungswesen zum tragenden und gestaltenden Prinzip zu machen.

Hier wurde der innere Zusammenhang zwischen dem geschichtlichen Kampf der Industriegewerkschaften um die Neuordnung in ihrem Bereich und dem tiefsten Anliegen der Lehrerschaft sichtbar. Auch auf dem Felde der Kulturpolitik haben sich die Kräfte der Restauration zu einem Angriff auf Freiheit und Fortschritt zusammengefunden. Auch hier war nach 1945 die Auffassung allgemein, daß das deutsche Bildungswesen hinter der gesellschaftlichen Ent-

wicklung zurückgeblieben und darum reformbedürftig sei. Heute aber ist das alles vergessen, und man sieht in jedem auch noch so schüchtern - vorsichtigen Versuch einer Reform das „bewährte Alte“ bedroht. Man verbirgt die restaurativen Absichten, indem man vorgibt, für die Erhaltung der „Leistungsfähigkeit“ der deutschen Schule und gegen autoritäre und Vermassungstendenzen zu kämpfen. Die GEW ist überzeugt, daß der Wille zum Fortschritt, den die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Abwehr restaurativer Kräfte in Gesellschaft und Staat so machtvoll bekunden, auch bei der fälligen Neuformung des deutschen Bildungswesens zur Geltung kommen wird. Hans Böckler hatte erkannt, daß Schule und Lehrer in Zeiten des Überganges, in Zeiten sozialer Entscheidungen, gehobene Bedeutung erhalten. Auf sie Einfluß zu gewinnen, ihren Geist zu bestimmen, wetteifern alle, die sich zu Recht oder Unrecht berufen fühlen, die deutsche Zukunft zu gestalten. Und wenn sich auch die Gewerkschaften, wie Hans Böckler gestand, um die Seele des deutschen Lehrers bemühen, dann tun sie es mit bestem Gewissen. Sie haben nicht nötig, Lehrer und Schule in enge Zwecke einzuspannen, weil sie die klassenkämpferische Isolierung überwunden haben und in der Verwirklichung eines „allgemeinen Wohles“ ihre neue, große geschichtliche Aufgabe sehen.

Als man entdeckte, daß Erziehung eine Funktion der Gesellschaft ist, glaubte man feststellen zu können, daß Schutz und Erhaltung der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung das unverrückbare Ziel aller Erziehung sei und daß ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe zwischen Schulorganisation und Lehrinhalt, zwischen Lehrziel und Gesellschaftsordnung. Man konnte zwar nicht bestreiten, daß „Gesellschaft“ nie und nirgendwo als etwas Stabiles, Unveränderliches und Erstarrtes vorzufinden ist, aber der konservierende Charakter der Schule kam darin zum Ausdruck, daß sie sich nur mit merklicher Verzögerung der gesellschaftlichen Entwicklung anpaßte.

Diese Auffassung, die mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit auftritt, gibt aber keine Antwort auf die Frage, wie sich die Schule in einer Zeit verhalten soll, in der die überkommenen Werte und Ordnungen erschüttert sind und die von der Gefährdung der menschlichen Existenz zutiefst betroffen ist. Der Versuch, durch eine unfruchtbare Restauration und nach Wertmaßstäben der Vergangenheit der Krise Herr zu werden, will nicht wahrhaben, daß die vergangene Zeit vor ihrer Aufgabe versagt hat, als ihre Leitbilder die Kraft zur Gestaltung des persönlichen und des gesellschaftlichen Lebens verloren hatten. Die neue Ordnung wird nicht von selber kommen; sie wird sich erst nach harten Kämpfen durchsetzen. In diesen Kämpfen stehen wir mitten darin, und es ist höchste Zeit geworden, den ersten Schritt auf diesem neuen Wege zu tun. Darin liegt die radikale Wendung, die mit der gewerkschaftlichen Entscheidung geistig schaffender Menschen willentlich und wissentlich vollzogen „wurde: nicht mehr in den Dienst einer vergehenden, sondern in den Dienst einer werdenden Gesellschaftsordnung sollen Erziehung und Schule gestellt werden. Darin liegt aber auch das große Wagnis, von dem niemand weiß, ob es gelingt; denn nur erst in lockeren Umrissen ist das Bild der neuen Gesellschaft erkennbar. Aber es ist erkennbar für alle, die sich im Goetheschen Sinne zu dem „Morgen“ bekennen, und auf diese kommt es an. Vieles ist noch ungeklärt, weil alles — wie in jeder Krise, so auch in unserer Zeit — in Frage gestellt ist. Wir suchen eine Antwort, nicht mit dem Blick nach rückwärts, sondern mit der Zuversicht und dem Mute dessen, dem die Zukunft gehören soll.

GEWERKSCHAFTEN UND HOCHSCHULPOLITIK

1. Schon in der Frühzeit ihrer Entwicklung war die Arbeiterbewegung der Wissenschaft zugewandt und bemühte sich, ihre Politik zu orientieren an den Erkenntnissen der Natur- und Sozialwissenschaften ihrer Zeit. Es ist keine Seltenheit, heute im Bücherschrank manches alten Gewerkschaftsfunktionärs Bücher über die Darwinschen Theorien, die Atomforschung oder gesellschaftskritische Literatur zu finden. Die Aufgeschlossenheit der tragenden Schicht der Arbeiterschaft gegenüber der Wissenschaft bezog sich jedoch nie gleichzeitig auf die traditionellen Träger der Lehre und Forschung in Deutschland, die Universitäten und Hochschulen. Die Exklusivität der akademischen Zirkel, ihre Verständnislosigkeit gegenüber den Anliegen und Zielen der Arbeiterbewegung und ihre Verbindung mit den herrschenden Klassen der damaligen Zeit verhinderten eine Annäherung, die auf einer sachlichen wissenschaftlichen Basis in gegenseitigem Geben und Nehmen durchaus denkbar gewesen wäre. Die Kluft zwischen der offiziellen Wissenschaft Deutschlands und der Arbeiterschaft wurde noch vertieft durch die Gleichgültigkeit vieler Universitäten gegenüber einem Phänomen, wie es der Nationalsozialismus darstellte.

2. Nach dem Zusammenbruch 1945 durfte man die Hoffnung haben, daß die deutschen Universitäten aus ihrem elfenbeinernen Turm heraustreten und zu einem geistigen Zentrum der demokratischen Gesellschaft werden würden. Es ist in den letzten Jahren viel von der Notwendigkeit einer Hochschulreform gesprochen worden, und es wurden zahlreiche Pläne und Denkschriften zu dieser Frage vorgelegt, ohne daß es zu einer wirklichen Erneuerung der Struktur und Arbeitsweise unserer Hochschulen gekommen wäre. Auch die Gewerkschaften haben durch ihren Hochschulausschuß in der „Oberaudorfer EntschlieÙung“ einen Plan zu einer echten Hochschulreform vorgelegt, der ebenso wie andere erfolgversprechende Ansätze zu einer solchen Arbeit bisher nicht verwirklicht werden konnte. Statt dessen sehen sich die ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft bewußten Teile der Professoren- und Studentenschaft seit einigen Jahren gezwungen, sich mit den wiederauflebenden Korporationen, insbesondere mit den schlagenden Verbindungen, auseinanderzusetzen. Die Kluft zwischen den rückschrittlichen Kräften an manchen unserer Hochschulen und den aufgeschlossenen, demokratischen Schichten in unserer Gesellschaft scheint sich erneut auf-tun zu wollen.

3. Trotzdem haben sich im hochschulpolitischen Bereich einige bedeutende Wandlungen vollzogen, die bei einer Analyse der gegenwärtigen Situation nicht übersehen werden dürfen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Studentenschaft kann sich nicht mehr auf die wirtschaftliche Hilfe eines begüterten Elternhauses stützen, sondern verdient sich ihr Studium durch eigene Arbeit. Bei mehr als einem Drittel der rund 116 000 Studierenden in Westdeutschland ist der Vater tot oder arbeitslos, etwa je 13,2 vH. der Studentenschaft sind Heimatvertriebene bzw. kommen aus der sowjetischen Besatzungszone, mehr als 60 vH. der Studierenden sind neben ihrem Studium dauernd oder vorübergehend erwerbstätig, und die während der Semestermonate zur Verfügung stehenden monatlichen Mittel übersteigen bei den meisten Studierenden nur in Ausnahmefällen 100 DM. Diese wenigen Zahlen mögen den sozialen Umschichtungsprozeß verdeutlichen, der die Struktur der heutigen Studentenschaft im Vergleich zu früheren Zeiten sehr weitgehend verändert hat¹⁾. Hinzu kommt, daß es auch in den

¹⁾ Vgl. dazu „Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin“, Herausgegeben vom Verband Deutscher Studentenwerke, März 1952.

akademischen Berufen heute nur noch in seltenen Fällen das gibt, was man früher einen freien Beruf nannte. Die meisten wissenschaftlich ausgebildeten Kräfte sind heute in irgendeiner Form als Arbeitnehmer tätig. Diese Entwicklung zeichnet sich nicht nur bei den Ärzten, sondern auch in den verschiedenen Bahnen der juristischen, volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Berufe und in den technischen Berufen ab. Man würde sicherlich die Einflüsse der sozialen und wirtschaftlichen Situation auf die Bewußtseinsbildung der Menschen überbetonen, wenn man aus den beiden skizzierten Tatsachen folgern würde, die Studentenschaft und der wissenschaftliche Nachwuchs müßten aus ihrer veränderten gesellschaftlichen Situation notwendigerweise die entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen ziehen. So ungünstig die soziale Lage des Studenten und die seines Elternhauses vielfach ist, so interessant ist andererseits, festzustellen, daß die meisten Studenten aus Familien kommen, in denen der Vater selbst studierte (41 vH.) oder Beamter (21,6 vH.) bzw. Angestellter (12,4 vH.) ohne akademische Ausbildung ist, während der Anteil z. B. der Arbeiterkinder bei nur 1,2 vH. liegt, obwohl ein Facharbeiter heute von der wirtschaftlichen Lage her ein Hochschulstudium des Sohnes oder der Tochter vielfach eher finanzieren könnte als ein Volksschullehrer oder ein mittlerer Beamter. Das auch in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Gewicht der Erziehung, die Tradition der Universitäten und ein oft falsch verstandenes Aufstiegs- und Prestigebedürfnis verbauen auch heute noch sehr vielen Studierenden und jungen Akademikern den Weg zu einer realen Einschätzung ihrer eigenen Lage und zu einer aufgeschlossenen Betrachtung und Urteilsbildung über politische und wirtschaftliche Fragen. Ungeachtet dieser Tatsache sind aber durch die andere soziale Situation der Studentenschaft und der meisten akademischen Berufe im Vergleich zu früheren Zeiten neue und bessere Ansatzpunkte für eine Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu einer undogmatischen Würdigung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gegebenheiten und zur Gestaltung eines engeren Kontaktes mit anderen Schichten der Gesellschaft vorhanden. Diese Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.

4. Wie aber ist die Stellung der Gewerkschaften zu diesen Fragen? Die Ausweitung ihres Einflusses auf viele neue Bereiche der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft verlangt von den Gewerkschaften die Mitübernahme der Verantwortung für die Gestaltung der Gesamtgesellschaft, ohne daß sie deshalb ihre Autonomie und ihre Unabhängigkeit dem Staat gegenüber aufgeben müßten und dürfen. Zu den damit gegebenen Aufgaben gehört auch die Mitgestaltung und Formung des kulturellen Bereiches einschließlich der Universitäten und Hochschulen und des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Studentenschaft. Im hochschulpolitischen Sektor stehen die Gewerkschaften vor Aufgaben, die wie manche anderen nicht zu ihren hergebrachten Arbeitsgebieten gehören, denen sie aber nichtsdestoweniger ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Daß die hier auftretenden Fragen gesehen werden, beweist die Gründung von wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Ausbildungsstätten, wie der Hamburger *Akademie für Gemeinwirtschaft*, der Dortmunder *Sozialakademie* oder der *Akademie der Arbeit* in Frankfurt am Main. Aber jetzt und wohl auch in Zukunft wird das Schwergewicht der wissenschaftlichen Lehre und Forschung bei den Universitäten und Hochschulen liegen, und die Gewerkschaften müssen sich also über die Betreuung ihrer eigenen und der von ihnen maßgeblich mitgetragenen Ausbildungsstätten hinaus auch der weiteren Gestaltung und Entwicklung der deutschen Universitäten verpflichtet fühlen. Diese Verpflichtung ist für die Gewerkschaften von sehr praktischer Bedeutung. Entscheidende Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft können vielfach auch in Zukunft nur mit

wissenschaftlich befähigten Kräften besetzt werden, und ausgehend von dieser Tatsache ist es für die Gewerkschaften unumgänglich, beim wissenschaftlichen Nachwuchs Kenntnis, Verständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber der gewerkschaftlichen Zielsetzung und Arbeit zu wecken und zu fördern. Wird dieses Ziel erreicht, so bedeutet das nicht nur eine wahrscheinlich bemerkenswerte Erleichterung der gewerkschaftlichen Arbeit, z. B. in Verhandlungen mit den Jungakademikern von heute in ihren späteren Berufen, sondern es ist den Gewerkschaften auf diese Weise auch möglich, sich aus einem größeren Kreis junger Kräfte, die von den Universitäten kommen, geeignete Mitarbeiter für ihre eigene Arbeit auszuwählen, die neben ihrer wissenschaftlichen Qualifikation gleichzeitig eine starke innere Bindung an die Ziele der Arbeiterbewegung haben. Die Frage ist, auf welchen Wegen eine Einflußnahme der Gewerkschaften auf den hochschulpolitischen Bereich wirksam und sinnvoll angestrebt werden kann.

5. Die Gestaltungskraft der Gewerkschaften sollte sich in doppelter Hinsicht auswirken, nämlich in der Forderung nach einer angemessenen Hochschulreform, die die Universitäten und Hochschulen zu einem echten und lebendigen Forum der Auseinandersetzung um Inhalt und Form unserer Gesellschaft ausbauen will und kann, und zweitens in der Einflußnahme auf die Studentenschaft selbst. Die Grundsätze einer den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprechenden Hochschulreform sind in der bereits erwähnten „Oberaudorfer Entschließung“ enthalten, und es käme nur darauf an, sie eingehender zu präzisieren und auf ihre Verwirklichung zu drängen. Aus der gewerkschaftlichen Perspektive ergibt sich dabei vor allem die Verpflichtung, sich für eine gleiche, den Leistungen und der Begabung entsprechende Chance jedes jungen Menschen in seinem Bildungsweg einzusetzen. Sind hier in der Frage der Hochschulreform bereits gute Vorarbeiten geleistet worden, so wurde andererseits ein engerer Kontakt zur Studentenschaft kaum ernsthaft und planmäßig angestrebt, obwohl dort einer der Hauptansatzpunkte gewerkschaftlicher Hochschularbeit liegt. Es kann kein Zweifel darüber Gesehen, daß eine derartige hochschulpolitische Arbeit nur dann mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann, wenn sie von starken Kräften der Studentenschaft selbst bejaht und getragen wird. Die bereits erfolgte Bildung *gewerkschaftlicher Hochschulgruppen* in verschiedener Form und mit im einzelnen unterschiedlicher Zielsetzung an manchen Universitäten zeigt jedoch, daß von selten der Studentenschaft für eine gewerkschaftliche Hochschularbeit durchaus Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit besteht. In dieser zustimmenden Haltung kommt dieselbe Erscheinung zum Ausdruck wie in anderen Schichten der deutschen Bevölkerung: Die Menschen sind zu einer irgendwie gearteten Mitarbeit in sozialen Organisationen wie den Gewerkschaften eher bereit als zu einer Anteilnahme an der Arbeit der eigentlich politischen Verbände. *Eugen Kogon* wies in Recklinghausen auf diese Tatsache hin mit der Bemerkung, die vorhandenen Kräfte unserer Gesellschaft seien überwiegend im „vorpolitischen Raum“ wirksam. Man mag das begrüßen oder nicht, es ist ein Faktum, und auf den hochschulpolitischen Bereich angewandt eröffnet diese Grundhaltung den Gewerkschaften große Möglichkeiten einer erfolgreichen Arbeit. Der DGB und die Industriegewerkschaften müssen jedoch hier den ersten Schritt tun. Sie sollten die Bildung gewerkschaftlicher Hochschulgruppen mit allen Mitteln fördern und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung auf diese Weise in die Universitäten und Hochschulen hineinragen.

6. Die Aufgabe solcher Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen dürfte zunächst darin bestehen, aktuelle und grundsätzliche Themen der modernen Gewerkschaftsarbeit im Zusammenhang mit allgemeinen rechtlichen, wirtschaftlichen

und politischen Fragen in der Studentenschaft zur Diskussion zu stellen, So hat der seit wenigen Monaten bestehende „Arbeitskreis für Gewerkschaftsfragen“ in Hamburg im vergangenen Sommer über Fragen diskutiert, wie „Gewerkschaften und Staat“, „Mitbestimmung und Wirtschaftsordnung“, „Soziologie der Gewerkschaften“ usw. Es war dabei vorteilhaft, daß an solchen Diskussionsabenden neben den Studierenden auch aufgeschlossene Menschen aus den Gewerkschaften selbst teilnahmen. Auf die Dauer der Zeit gesehen, werden sich solche Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen allerdings nicht darauf beschränken können, Diskussionsabende zu veranstalten. Sie müssen versuchen, eine den Bedürfnissen der Studenten angemessene Gemeinschaft zu werden und dem Studierenden ein Gemeinschaftserlebnis zu vermitteln. Gerade von der Seite des Erlebnisses einer guten Gemeinschaft her bietet sich hier eine Möglichkeit, den Studierenden aus der kleinen Gemeinschaft einer Hochschulgruppe in die große Gemeinschaft der Gewerkschaftsbewegung hineinwachsen zu lassen, über die Aufgabenstellung studentischer Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen im einzelnen Genaueres zu sagen, wird erst möglich sein, wenn eine längere Erfahrung die bestehenden Möglichkeiten klarer als heute erkennen läßt, über Zielsetzung, Arbeitsweise und Rechtsform gewerkschaftlicher Hochschulgruppen sollte aber allgemein schon möglichst frühzeitig eine Übereinkunft erzielt werden, wobei zu beachten wäre, daß diese studentischen Gemeinschaften unter allen Umständen selbständig, d. h. organisatorisch von den Gewerkschaften unabhängig sein müssen. Dieser Gesichtspunkt ist nicht nur aus formalen Gründen wesentlich, sondern die Unabhängigkeit der Arbeitskreise für Gewerkschaftsfragen ist eine entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit an den Universitäten. Bei der Bedeutung der Universitäten und Hochschulen und der Haltung des wissenschaftlichen Nachwuchses für die Zukunft unserer Gesellschaft muß die Verantwortung der Gewerkschaften auch im hochschulpolitischen Raum gesehen und bejaht werden.

Georg Leber

FAMILIENAUSGLEICHSKASSE DURCH TARIFPARTEIEN

Vorbemerkung: In Heft 10/1951 und 1/1952 veröffentlichten wir Aufsätze von Dr. Jakob David (Zürich) und Heinz Beykirch (WWI Köln), in denen das Für und Wider des Problems der Familienausgleichskassen und der staatlichen Kinderbeihilfen diskutiert wurde. In dem folgenden Beitrag von Georg Leber, der Redakteur des Wochenblattes der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden „Der Grundstein“ ist, wird ein Experiment beschrieben, das bei aller Skepsis, die hier wohl am Platze ist — besonders im Hinblick auf die Auswirkungen, die sich aus solchen Branchen-Ausgleichskassen für eine volkswirtschaftlich sinnvolle Lohnpolitik ergeben —, Aufmerksamkeit verdient.
Die Redaktion

Im Juli dieses Jahres ist für den Bereich der Industrie Steine und Erden in Hessen eine tarifvertragliche Vereinbarung über die Bildung einer Familienausgleichskasse in Kraft getreten. Aufgabe der Kasse ist es, einen überbetrieblichen Ausgleich für die Zahlung von Kinderzulagen vorzunehmen. Der Vertrag verpflichtet den einzelnen Arbeitgeber, für jede von einem Arbeitnehmer im Betrieb geleistete Arbeitsstunde vier Pfennig an die Kasse abzuführen. Aus den so aufgebrachtten Mitteln erhalten Angestellte und Arbeiter für alle unterhaltsberechtigten Kinder (auch uneheliche) eine monatliche Zulage von elf Mark. Der Betrieb ist verpflichtet, monatlich mit der Kasse abzurechnen. Um den Weg

abzukürzen, tritt er für die Kasse in Vorlage und führt die aufgebrachten Gelder ab, die den Bedarf im eigenen Betrieb übersteigen, oder er erhält bei größerem Bedarf entsprechende Spitzenbeträge als Zuschuß. Die Regelung ist, auf die Praxis bezogen, für Deutschland neu und ohne Vorbild, weil es sich um einen Gestaltungsakt durch die Tarifvertragsparteien handelt. Damit ist klar, daß ein Schritt in Neuland unternommen wurde, der einige Probleme aufwirft,.

Die erste und nächstliegende Frage ist die nach der Rechtsgrundlage. Es handelt sich um eine „gemeinsame Einrichtung“ der Tarifvertragsparteien im Sinne des Tarifvertragsgesetzes. Damit gelten die Bestimmungen unmittelbar und zwingend nicht nur für die Satzung der Einrichtung, sondern auch für das Verhältnis zu den tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie werden von den normativen Wirkungen erfaßt. Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit bietet die Gewähr, auch die außerhalb der Koalitionen Stehenden einzubeziehen. Das Tarifvertragsgesetz ist also als Rechtsgrundlage ausreichend.

Bedeutungsvoller ist das Problem der sozialen Sicherung des einzelnen Arbeitnehmers. Es wäre nicht zu verantworten, würde die Gefahr, entlassen zu werden, für den Zulagenempfänger vergrößert, weil er betriebswirtschaftlich eine höhere Belastung bedeutet. Solchen Absichten mußte auf jeden Fall begegnet werden. Das konnte wirkungsvoll nur dadurch geschehen, daß dem Unternehmer, der solche Hintergedanken hegte, das wirtschaftliche Interesse an der Kündigung eines Arbeitnehmers mit Kindern genommen wurde. Zu diesem Zweck belastete man die stündliche Arbeitsleistung für den Betrieb mit vier Pfennig. Es ist völlig gleichgültig, ob verheiratete mit oder ohne Kinder, unverheiratete, männliche oder weibliche Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die Belastung bleibt auch unverändert, wenn Familienväter mit Kindern entlassen und durch nicht Anspruchsberechtigte ersetzt werden.

Der einzelne Arbeitnehmer hat einen Anspruch an die Ausgleichskasse. Die Kasse ist aber nur in der Lage zu leisten, wenn der Arbeitgeber seine Verpflichtung erfüllt. Um zu vermeiden, daß im Falle der Nichtleistung des Arbeitgebers an die Kasse ein langer Umweg entsteht, ist vorgesehen, daß der Arbeitnehmer seinen Anspruch auf Kinderzulage dem Arbeitgeber gegenüber *direkt*, unter Umständen klagbar, geltend machen kann. Die Kasse selbst ist gebildet und funktioniert im Rahmen einer von den Vertragsparteien geschaffenen Geschäftsordnung. Verantwortliches Organ ist ein Kuratorium, das paritätisch besetzt ist und dessen Vorsitz jährlich wechselt.

Die Besonderheit, daß die Regelung eine Schöpfung der Tarifvertragsparteien ist, gab zu konkreten Bedenken Anlaß. Es war u. a. zu befürchten, daß die ungleiche materielle Behandlung von Beschäftigten mit gleicher Arbeit zu Differenzen innerhalb der Belegschaften führen würde. Das hätte naturgemäß am Anfang besonders in Erscheinung treten müssen. Wenn solche Befürchtungen sich als grundlos erwiesen haben, dann ist das jedenfalls ein Beweis dafür, daß der im Betrieb tätige Arbeitnehmer der Sache ein hohes Maß an Verständnis entgegenbringt. Es darf aber nicht verkannt werden, daß gerade in dieser Frage Unterschiede bestehen zwischen stationären Betrieben und beispielsweise dem Baugewerbe mit seiner hohen Fluktuation.

In letzter Zeit ist es üblich geworden, den Betrieb mehr und mehr als den Träger sozialpolitischer Maßnahmen zu propagieren. Im Rahmen der gesamten Sozialpolitik hat der Betrieb sicher eine funktionelle Bedeutung, so im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz und einigen anderen Sachgebieten. Es ist aber nicht Sache des Betriebes, Aufgaben zu übernehmen, die eine überbetriebliche Koordinierung erfordern. Diesen Bestrebungen, das Schwergewicht der Sozialpolitik in die Betriebe zu verlagern, muß entgegengewirkt werden. Das

geschieht am besten dadurch, daß die Probleme, deren sich die Betriebe annehmen, auf einer höheren Ebene in Angriff genommen werden.

Es ist fraglich, ob es angebracht ist, den Staat als den Träger aller großen sozialpolitischen Maßnahmen einzuspannen. Der Staat kann seiner Natur nach nur von außen her tätig werden, denn er steht als Institution außerhalb der Wirtschaft. Er kann also nur von außen her Fürsorge betreiben und mit zusätzlichen Mitteln, die auch er' aus der Wirtschaft nimmt, zusätzliche Hilfe bringen. Aufgabe des Staates sollte es sein, sich immer dort zu betätigen, wo eine andere Möglichkeit nicht besteht. Das trifft zu auf die Arbeitslosigkeit, die Invalidität, die Krankheit usw., dort also, wo Menschen, die außerhalb des Produktionsprozesses stehen, der Hilfe bedürfen. Das zu fordern, haben die Gewerkschaften ein wohlbegründetes Recht, Es ist aber sehr die Frage, ob es Aufgabe des Staates sein kann, diejenigen, die in den Produktionsprozeß eingegliedert sind, zu ernähren oder ihnen zusätzliche Hilfe zu bringen. Es kann nicht daran vorbeigegangen werden, daß es zuerst die Aufgabe der Wirtschaft ist, die, die in ihr tätig sind, voll und ausreichend wirtschaftlich zu sichern.

Die Übertragung allzu vieler sozialpolitischer Funktionen auf den Staat birgt eine Gefahr in sich. Sie liegt in der in gleichem Maße zunehmenden Ausstattung des Staates mit Macht, die sich auch einmal gegen die Gewerkschaften richten kann. Das ist jedenfalls schon geschehen. Die Gefahr liegt weiter darin, daß jede Form sozialpolitischer Betreuung durch den Staat die Sehnsucht nach Staatshilfe nährt, zugleich den Willen zu entschlossener Selbsthilfe lähmt und damit auch den Kampfwillen der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft in vielleicht verhängnisvoller Weise schwächt. Das Stadium des Kampfes ist für die Gewerkschaften aber längst noch nicht abgeschlossen.

Im sozialpolitischen Bereich sollte der Gedanke zum Durchbruch kommen, der von der Gesellschaft für sozialen Fortschritt als „Soziale Autonomie“ bezeichnet wurde und zu dem *Carlo Schmid*¹⁾ treffende Ausführungen machte. Das bedeutet, daß es die Aufgabe der organisierten Kräfte in der Gesellschaft ist, die Probleme, die von ihnen als Institutionen der Gesellschaft behandelt werden können, selbst und selbstverantwortlich zu lösen. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, ihnen Vollmachten zu erteilen, Freiheiten zu gewähren und Rechte zu übertragen. Er soll ihnen also in einem gewissen Ausmaß autonome Rechte einräumen und sich darauf beschränken, den großen Rahmen abzustecken. Das ist etwas anderes als Selbstverwaltung in einer von Gesetzes wegen geschaffenen Körperschaft oder einer vom Staat geschaffenen und bestimmten oder organisierten Ordnung.

Der oben aufgezeigte Vertrag erhebt keinen Anspruch darauf, vielleicht als *die* Lösung des Problems angesehen zu werden. Unstreitig ist mit diesem Abschluß aber die Möglichkeit gegeben, praktische Erfahrungen zu sammeln. Schon jetzt zeichnet sich etwas ab, was absolut positiv gewertet werden muß. Der Vorgang wird in Betrieben, auf Arbeitsplätzen und anderswo ernsthaft diskutiert. Er regt zum Mitdenken an. Von dort kommen Anregungen, Vorschläge, Wünsche und kritische Gedanken. Das allein ist schon ein Ergebnis für sich. Die lebendige Diskussion mit ihrer Wechselwirkung im Geben und Nehmen ist es, die in Wahrheit den Inhalt wirklicher Demokratie ausmacht. So kritisch wir zu der konkreten Sache auch stehen mögen, sie löst dieses Element aus, auf das gerade eine Gewerkschaftsbewegung auf lange Sicht nicht verzichten kann. Voraussetzung dafür ist, daß dem einzelnen Menschen mit Aussicht auf Erfolg die technische Möglichkeit gegeben wird, sich in konstruktiver Weise zu betätigen,

*} Siehe Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1951.

HANDWERKSORDNUNG IN SOZIALER SICHT

Die Lage des Arbeitnehmers im handwerklichen Kleinbetrieb ist bisher in der sozialpolitischen Diskussion viel zu wenig untersucht worden. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Gesellenzeit als Übergang empfunden wird, der nicht die gleiche Beachtung erfordert wie etwa die Dauerlage des industriellen Arbeitnehmers. In der Öffentlichkeit kommt das Handwerk deshalb fast nur aus dem Blickwinkel des Meisters heraus“ zu Wort. Und der ist schon problematisch genug.

Das Handwerk ist nicht — wie die Industrie — aus der liberalen Atmosphäre der Wettbewerbswirtschaft erwachsen. Im Gegenteil, die völlige Gewerbefreiheit des liberalen 19. Jahrhunderts brachte ihm die schwerste Existenzkrise seiner Geschichte, während man umgekehrt die handwerkliche Blütezeit im Hochmittelalter als extrem kollektivistisch bezeichnen muß. Als Träger der Kollektivordnung traten die Zünfte auf, die den handwerklich tätigen Menschen in wahrhaft universaler Weise erfaßten. *Prof. Kumpmann*¹⁾ schreibt den Zünften folgende Tätigkeitsbereiche zu: 1. Die Zunft war ein Wirtschaftsverband, der grundsätzlich alles zu regeln berechtigt war, was auf die Tätigkeit des Handwerks Bezug hatte. 2. Die Zunft war eine soziale Gemeinschaft, die alles das leistete, was in der Gegenwart durch Schutzgesetze, soziale Versicherungen usw. angestrebt wird. 3. Die Zunft war zugleich der Verkehrsverein für alle Lehrlinge, Gesellen, Meister und ihre Angehörigen. 4. Die Zunft stellte ferner eine Art von religiöser Kongregation dar. 5. Die Zunft war für den mittelalterlichen Handwerker zugleich die Partei, der man ohne weiteres angehörte und die die politischen Interessen und Zunftrechte gegenüber den anderen Ständen und der Obrigkeit zu verteidigen hatte.

Der wirtschaftliche Wohlstand, der dieses System des berufsständischen Totalitarismus krönte, war auch seine Rechtfertigung. Mit einer gewissen Verwunderung muß man heute beobachten, wie leicht gerade diejenigen, die zur berufsständischen Ordnung zurück möchten, anderen gegenüber mit dem Vorwurf des „Kollektivismus“ zur Hand sind.

Entscheidend für den wirtschaftlichen Niedergang des Handwerks wurde der liberale Wirtschaftsgeist. Die unbeschränkte Gewerbefreiheit und der Grundsatz des freien Wettbewerbs führten die Auflösung der Zünfte herbei. Die dadurch entstehende offene Konkurrenz wirkte sich bei den kleingewerblichen Handwerksbetrieben viel nachhaltiger aus als in der Industrie, wo schon der große Kapitalbedarf die Zahl der Wettbewerber beschränkte. Da eine Überzahl von Bewerbern sich zur handwerklichen Selbständigkeit drängte, drohte völlige wirtschaftliche Verelendung, die in den Ressentiments vom „ruinösen Wettbewerb“ und von der „Schmutzkonkurrenz“ ihren Ausdruck fand.

In ihrer Existenzgrundlage bedroht, schlossen sich die Handwerker zusammen, und etwa seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelang es ihnen denn auch, staatliche Eingriffe zu erwirken, die unter dem Namen „Mittelstandspolitik“ eine gewisse Stellung in der Sozialpolitik behauptet haben.

Hier zeigte sich nun die Zwiespältigkeit der selbständigen Meisterunternehmer. Sie waren einerseits eine gefährdete und bedrängte Gruppe, die zur Erhaltung ihrer Existenz gern staatlichen Schutz in Anspruch nahm. Sie waren andererseits Unternehmer und Arbeitgeber, die sich durch die gleiche staatliche

1) Vgl. Prof. Dr. Karl Kumpmann „Gewerbe- und Industriepolitik“ im Sammelwerk „Die Verwaltung“,

Intervention, durch die sozialpolitische Gesetzgebung und vor allen Dingen durch die wachsende Arbeiterbewegung und den von ihr ausgeübten Lohndruck ebenso bedroht fühlten wie die Unternehmer in der Industrie.

In diesem Zwiespalt erschien dem Kleingewerbetreibenden eine Regulierung, die nicht durch den Staat, sondern durch den Berufsstand getragen wird, recht verlockend. Regulative Maßnahmen, die im Interesse des Wohlstandes der handwerklichen Betriebe liegen, sollten durch die Interessenten selbst — das heißt durch die Organe des Berufsstandes — vorgenommen werden. Es sollte sich dabei vorwiegend darum handeln, den freien Zugang zum Gewerbe einzuschränken, um dadurch für die bestehenden Unternehmen ein geschütztes Reservat zu schaffen. Als wesentliche Forderungen der Handwerkspolitik wurden denn auch aufgestellt: die obligatorische Meisterprüfung, die Errichtung von Zwangsinnungen, die Durchführung von Bedürfnisprüfungen und die Anerkennung der Handwerkskammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften.

Manche dieser Forderungen sind verwirklicht worden, andere traten in den Hintergrund. Der geschichtliche Ablauf sei nur kurz angedeutet. Die Bildung von Zwangsinnungen wurde 1897 gesetzlich gestattet, im gleichen Jahre wurde die Gründung der Handwerkskammern angeordnet. 1908 wurde der kleine Befähigungsnachweis eingeführt, d. h. die Meisterprüfung wurde zur Vorbedingung der Lehrlingshaltung gemacht, und erst 1935 folgte der große Befähigungsnachweis, der die Führung eines selbständigen Betriebes von der Ablegung der Meisterprüfung abhängig macht. Nach dem 2. Weltkrieg bot sich uns dann das erstaunliche Novum einer Wirtschaftsordnung, die sich zwar grundsätzlich marktwirtschaftlich gebärdete, dem Handwerk jedoch ein völlig aus dem Rahmen fallendes Zwangssystem erlaubte.

Man kann also sagen: Das Handwerk befreite sich dadurch von der staatlichen Fürsorge, daß es hoheitliche Gewalt übernahm und eine Selbstplanung im eigenen Hause durchführte, um dann der Volkswirtschaft, dem Staat und der Arbeitnehmerschaft gegenüber auf die marktwirtschaftliche Linie des gesamten Unternehmertums einschwenken zu können.

Die Vertreter des berufsständischen Gedankens haben nun die schwierige Aufgabe, zu beweisen, daß die Wirtschaftsregulierung in der Hand des Staates (der Allgemeinheit) ein Instrument des Teufels, in der Hand des Berufsstandes jedoch eine segensreiche Einrichtung sei.

Das fachliche Leistungsargument

Wie wird nun die Aufrechterhaltung des großen Befähigungsnachweises in einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft begründet? Wie schon der Name „Befähigungsnachweis“ sagt, soll die Qualität der handwerklichen Leistung dadurch gesteigert und geschützt werden, daß der Zugang zur selbständigen Ausübung des Gewerbes vom Nachweis der fachlichen Qualifikation durch eine Prüfung abhängig gemacht wird. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß die Notwendigkeit, eine Prüfung abzulegen, für das einzelne Berufsmitglied einen starken Anreiz zur fachlichen Fortbildung darstellt. Es fragt sich aber, wie man eine derartige Nötigung, die dem Berufsmitglied doch erhebliche Opfer an Zeit, Geld und entgangenen Gelegenheiten zumutet, im Rahmen einer freien Wirtschaftsordnung rechtfertigen will. Der Hinweis auf den Verbraucher, der vor minderwertigen Leistungen geschützt werden müsse, verfängt nicht. Denn:

1. Es sind keine Dilettanten, die durch den großen Befähigungsnachweis von der Selbständigwerdung ausgeschlossen werden, sondern Fachkräfte. Es sind die gleichen Fachkräfte, die auch in den Meisterbetrieben den Großteil der

Arbeit erledigen, und niemand wird glauben, daß ihre Arbeit sich verschlechtern wird, wenn sie in eigener Regie verrichtet würde.

2. über die wirkliche Leistung entscheidet die berufliche Praxis und nicht das Examen. Und wenn man schon unterstellt, daß der Meister der „Tüchtigere“ ist, dann mutet es merkwürdig an, daß er die Amtshilfe der Gewerbebehörde braucht, um das „Pfuschartum“ auszuschalten. Dieses Argument gilt um so mehr, als das Handwerk Kundenproduktion ist. Wenn schon in der industriellen Marktproduktion starke Konkurrenz als leistungssteigernd gilt, obgleich die Produktionsferne des Konsumenten und eine geschickte Reklame das Verbraucherurteil trüben können, so wird sich der Kunde eines Handwerkers seine Meinung über eine ihm gebotene Leistung viel schneller und entschiedener bilden.

3. Ferner sollte man nicht länger verschweigen, daß das Ablegen der Meisterprüfung weitgehend eine Geldfrage ist. Die Prüfungsanforderungen sind seit dem Ende des 1. Weltkrieges bedeutend gestiegen. Wir lesen in den Berichten der Handwerkskammern manchmal erschreckend hohe Prozentsätze nicht bestandener Prüfungen. Für den Prüfungskandidaten erwächst daraus häufig die Notwendigkeit, eine Fachschule zu besuchen, da die betriebliche Praxis ihm nicht die umfassende Ausbildung zu vermitteln vermag, die in der Prüfung gefordert wird. Die Kosten eines Fachschulbesuches sind jedoch sehr hoch. Sie sind erheblich höher als die Kosten eines Universitätsstudiums über den gleichen Zeitraum. Beispielsweise betragen die Gebühren für die Teilnahme an einem dreimonatigen Kursus zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung bei der Verbandsfachschule des Friseurhandwerks in Essen 350 DM. Bei einer privaten Fachschule in Hamburg kostet der gleiche Kursus gar 475 DM. Hierzu treten für den Schüler noch die Unterkunfts- und Verpflegungskosten. Vergleicht man damit den Tarifwochenlohn eines Friseurgesellen, der für einen Gesellen mit zehnjähriger Praxis 42,50 DM bis 56,50 DM beträgt, so leuchtet ohne weiteres ein, daß ein Fachschulbesuch für einen Gesellen, der auf sein Arbeitseinkommen angewiesen ist, ein Ding der Unmöglichkeit ist.

4. Endlich sollte man einmal überlegen, ob der „Befähigungsgedanke“ mit der Fürsorgepflicht eines Berufsstandes für seine Angehörigen vereinbar ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß jeder Wirtschaftszweig es mit begabten und weniger begabten Kräften zu tun hat. Aber kein verantwortungsbewußter Wirtschaftspolitiker sollte sich der Sorge um die weniger Begabten dadurch entziehen, daß er sich darauf beruft, daß die Spitzenkräfte sich schon durchsetzen werden. Es ist eine seltsame Auffassung, wenn man glaubt, die Tüchtigkeit dadurch ehren zu müssen, daß man demjenigen, der durch Hemmungen irgendwelcher Art oder durch äußere Einflüsse sowieso schon im Lebenskampf benachteiligt ist, nun auch noch durch gesetzgeberische Maßnahmen die Existenz erschwert. Wer als abhängige Kraft viele Jahre hindurch in zufriedenstellender Weise seinen Platz ausgefüllt hat, kann eigentlich wohl erwarten, daß er nicht durch Existenzvernichtung dafür „bestraft“ wird, daß er nun einmal keine Spitzenkraft ist.

Die Existenzfähigkeit der Betriebe

Der Beweggrund, der am wenigsten ausgesprochen wird, aber doch wohl der entscheidende ist, ist der Wunsch, den Zugang zur Selbständigkeit zu verengen. Hierdurch wird die Zahl der Wettbewerber, die auf dem Markt der handwerklichen Dienste erscheinen können, vermindert, was eine Hebung der Einkommen der bestehenden Handwerksunternehmen herbeiführt. Damit zeigt sich der

große Befähigungsnachweis als eine einkommenspolitische Maßnahme, die sich auch als solche der Kritik stellen sollte.

Vom freiwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, bedeutet dieser Eingriff, daß die freie Konkurrenz als Ausleseprinzip gerade dort außer Kraft gesetzt wird, wo sie für den finanziell schwachen Bewerber real werden könnte, nämlich im Kleingewerbe. Die anfallende Gesamtnachfrage nach handwerklichen Diensten wird damit zum Reservat einer Gruppe. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese Gruppe nicht allzu exklusiv ist und über die Meisterprüfung dem Nachwuchs offensteht. Die formalen, finanziellen und sachlichen Voraussetzungen sind immerhin so bedeutend geworden, daß die Abstauung einer wettbewerbswilligen Mehrheit zugunsten einer bereits emporgekommenen Minderheit eindeutig erkennbar ist. Der konsequente Freiwirtschaftler muß also die Aufhebung des großen Befähigungsnachweises und die Einführung der völligen Gewerbefreiheit fordern.

Wenn man jedoch Überlegungen des Gemeinwohls einbezieht, wird man sich dem Standpunkt des Handwerks nicht ganz verschließen können. Denn in der Tat ist niemandem damit geholfen, wenn das Handwerk mit selbständigen Betrieben übersetzt wird, die in ihrer Mehrzahl hart an der Grenze des Existenzminimums stehen. Bei den kapitalarmen handwerklichen Kleinbetrieben wird nicht das Ausscheiden der schlechten Betriebe, sondern ihr dürftiges, unausgefülltes Dahinvegetieren die Regel sein. Damit kann niemand zufrieden sein, weder die Handwerker selbst, die dann nur ein karges Brot finden, noch der Volkswirtschaftler, der eine Vergeudung unausgenutzter Produktionskräfte feststellen muß. Die Regulierung des Zuwachses der handwerklichen Betriebe stellt also ein Stück Planwirtschaft dar, ein unauffälliges Berichtigen marktwirtschaftlicher Unzulänglichkeiten. Aber leider ist es private Planwirtschaft, mit allen Nachteilen einer solchen.

Die Lage der Gesellen

Anhänger der freien Wirtschaft legen Wert auf die Feststellung, daß sinnvolle Regulierungen mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip durchaus vereinbar sind.

Nun muß man aber einmal fragen, ob die Regulierung des Zuganges zur Selbständigkeit dem einzelnen Gesellen zumutbar ist, während er doch gleichzeitig der durch das Wesen der Marktwirtschaft bedingten Existenzunsicherheit preisgegeben ist. Das einzelne Wirtschaftssubjekt erträgt die ständige Bedrohung durch die Arbeitslosigkeit, durch die Zufälligkeiten des Marktes, durch den Mangel an sozialer Sicherheit doch nur, weil ihm die freie Wirtschaft andererseits freie Bahn für seine persönliche Tüchtigkeit und die Möglichkeit zur ungehemmten Entfaltung seiner Fähigkeiten verspricht. Eines der stärksten Motive für den Übergang zur Planwirtschaft liegt ja eben in dem Bestreben, soziale Sicherheit zu erwerben, auch wenn damit eine gewisse Einschränkung der individuellen Freizügigkeit verbunden ist. Für den Handwerksgesellen sind nun aber die Nachteile beider Systeme miteinander verbunden. Der wirtschaftspolitische Eingriff ist da, wenn es gilt, die bestehenden Betriebe gegen den Nachwuchs abzuschirmen. Der wirtschaftspolitische Eingriff ist nicht da, wenn es gilt, den abgewiesenen Nachwuchs zu anderen Existenzmöglichkeiten hinzuleiten. Der Altgeselle, der nicht zur Meisterprüfung kommen kann, wird mit Hilfe des Gesetzgebers durch eine planende Handwerkspolitik von dem übersetzten Berufsstand abgedrängt — und findet sich dann in einer individualistisch orientierten ungeplanten Gesamtwirtschaft wieder. Der Gesetzgeber, der ihm im Interesse eines Wirtschaftszweiges den Weg verwehrt, interessiert sich nicht

weiter für ihn — „von nun an“ ist er wieder in liberaler Selbstherrlichkeit „seines eigenen Glückes Schmied“. Der ordnende Eingriff hört also gerade dort auf, wo das Schutzbedürfnis des schwächsten Partners beginnt. Für den Gesellen könnte man also geradezu von einer planwirtschaftlich organisierten Daseinsunsicherheit sprechen.

Die ganze Schärfe des Problems sehen wir erst, wenn wir uns klarmachen,, welche zentrale Bedeutung die Selbständigwerdung für den Handwerksgesellen hat. Der natürliche Wunsch eines jungen Menschen, eine Familie zu gründen, läßt sich mit einem Geselleneinkommen im allgemeinen kaum erfüllen. Der ältere Geselle kann höhere Lohnansprüche stellen, seine Beschäftigung wird jedoch dadurch für den Betrieb ständig uninteressanter. Er wird der Rivalität niedrigst entlohnter Junggesellen nicht mehr gewachsen sein, und da ihm die Selbständigkeit verwehrt ist, erwartet ihn die Arbeitslosigkeit oder bestenfalls ein Berufswechsel in eine ungelernete Arbeitsstelle.

In der Erwartung seiner späteren Selbständigkeit nimmt der Handwerks- geselle eine Entlohnung in Kauf, gegen die ein Industriearbeiter sich auflehnen würde. Deshalb ist die Frage der Zulassung zur Selbständigkeit für den Gesellen *die* Existenzfrage schlechthin. Sie hat für ihn ein ähnliches sozialpolitisches Schwergewicht wie die Lohnfrage für den Industriearbeiter. Erhärtet wird diese Feststellung durch die Beobachtung, daß der Handwerksge- selle im Großhand- werk (Bauhandwerk und Druckerei), der mit einer Selbständigkeit wegen des hohen Kapitalbedarfes dieser Gewerbe nicht rechnen kann, sich der Industri- arbeiter- schaft angeglichen hat und ihr im Aufbau gewerkschaftlicher Organi- sationen sogar vorausgegangen ist.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort über die Schwarzarbeit gesagt werden. Man entrüstet sich mit einer gewissen Naivität über diese sogenannte Handwerksseuche Nr. 1. Demgegenüber muß einmal festgestellt werden, daß das überhandnehmen der Schwarzarbeit die natürliche Folge jener Ordnung ist, die das Handwerk sich selbst gegeben hat. Man erzieht Fachkräfte, läßt sie aber nicht zur legalen Ausübung ihres Berufes kommen. Man würde wahrscheinlich feststellen können, daß ein erheblicher Teil der Schwarzarbeit durch solche Handwerker erfolgt, die infolge von Arbeitslosigkeit oder durch Berufswechsel von der normalen Berufsausübung ausgeschlossen sind.

Die sozialen Voraussetzungen des großen Befähigungsnachweises

Die Übersetzung eines Wirtschaftszweiges bedeutet eine Vergeudung volks- wirtschaftlicher Produktionskräfte, eine Überhöhung der volkswirtschaftlichen Produktionskosten und führt im Handwerk zu unzufriedenen Existenzen. Wenn es aus diesen Gründen angezeigt sein sollte, den Zugang zur handwerklichen Selbständigkeit zu verengen, so mag eine fachliche Prüfung als Mittel hierzu zugänglich sein. Denn es wird eine vernünftige Lenkung des Zuganges erreicht, bei der weder behördlicher Dirigismus noch aufzehrende Existenzkämpfe den Ausschlag geben. Damit jedoch ein gerechter Interessenausgleich zwischen arrivierten und zurückgewiesenen Berufsangehörigen entsteht, müssen folgende Forderungen geltend gemacht werden:

1. Das Handwerk hat einen Anspruch auf den Schutz seiner Existenzfähigkeit. Die Tatsache der Bedrohtheit kann man aber nicht schlechthin als gegeben ansehen, sie muß für jeden Handwerkszweig gesondert geprüft werden. Dort, wo eine wirtschaftliche Schutzbedürftigkeit der Betriebe nicht oder nur im geringen Maße gegeben ist, sollte man auf den großen Befähigungsnachweis besser verzichten.

2. Verbindliche Voraussetzung für die Einführung des großen Befähigungsnachweises in einem Handwerkszweig sollte sein, daß entweder Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt werden, die mindestens den Verhältnissen eines industriellen Facharbeiters entsprechen und somit als Dauerzustand tragbar sind, oder daß Ausweichmöglichkeiten in verwandte Berufs- und Industriezweige bestehen bzw. neu geschaffen werden. Hierbei sollte der Gedanke maßgebend sein, daß die Ausschließung von der Selbständigkeit nicht als Zurückweisung unwürdiger Anwärter angesehen werden darf, sondern daß den Ausgeschlossenen im Interesse des Berufsstandes ein Opfer zugemutet worden ist. Einem Handwerkszweig, der den großen Befähigungsnachweis durchzuführen wünscht, sollte auferlegt werden, eine der genannten Voraussetzungen herzustellen. Wo keine dieser Voraussetzungen gegeben ist, muß die Einführung einer obligatorischen Prüfung als Voraussetzung für die Selbständigkeit verneint werden.

3. Es sollten statistische Unterlagen darüber erarbeitet werden, wie hoch in den einzelnen Handwerkszweigen der Prozentsatz der wieder abgestoßenen Nachwuchskräfte ist. Hierbei ist nicht an jene Gesellen zu denken, die auf Grund ihrer handwerklichen Ausbildung als Facharbeiter von der Industrie aufgenommen wurden, sondern nur an jene, die mit ihrem erlernten Beruf brechen mußten, weil er ihnen keine Dauerexistenz zu geben vermochte. Bei Handwerkszweigen, die einen hohen derartigen Prozentsatz aufweisen, ist zu vermuten, daß ihre Lehrlingshaltung keinem echten Bedürfnis dient, sondern lediglich eine Methode ist, um durch billige Arbeitskräfte die betriebliche Rentabilität zu erhalten. In diesem Falle ist dafür einzutreten, daß die Einstellung von Lehrlingen in dem betreffenden Handwerkszweig einzuschränken ist. Berufslenkende Beratung und Eignungsprüfung können die Mittel hierzu sein. Es erscheint weniger bedenklich, unauswertbare Pseudolehren zu unterbinden, als später ausgebildete Fachkräfte freizusetzen, ohne ihnen einen weiteren Berufsweg aufzeigen zu können.

4. Das Fachschulwesen muß ausgebaut und auf neue Grundlagen gestellt werden. Nur wenn es jedem Prüfungsanwärter ohne große Kosten möglich ist, die bestehenden Schulen zu benutzen, kann man mit gutem Recht sagen, daß es tatsächlich die berufliche Tüchtigkeit ist, die über den Zugang zur Selbständigkeit entscheidet. Sollten die Fachschulen nach Senkung der Schulkosten überfordert werden, könnte man eine gewisse Anzahl Berufsjahre als Voraussetzung für den kostenbegünstigten Fachschulbesuch verlangen. Es kann erwartet werden, daß das Handwerk einen Großteil der Kosten trägt, die durch den Ausbau des Fachschulwesens entstehen. Denn einerseits sind es berufsständische Interessen, die den Einzelnen zur Ablegung des Examens nötigen, und andererseits kommt die durch die Fachschulen erzielte höhere berufliche Qualifikation dem Handwerk selbst wieder zugute.

5. Schließlich wäre noch darauf hinzuweisen, daß das hier behandelte Problem in einer vollbeschäftigten Wirtschaft an Dringlichkeit verlieren würde. Denn die Restriktion des handwerklichen Nachwuchses ist ja letzten Endes nur ein spezieller Fall der allgemeinen Tatsache, daß die freie Wirtschaft nicht in der Lage ist, die ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte restlos zum Zuge kommen zu lassen. Ist das handwerkliche Angebot durch die Handwerksordnung reguliert, werden die zurückgestauten Arbeitswilligen das Angebot auf anderen Sektoren verstärken, so daß eine Wirtschaftsgruppe ihre Probleme auf Kosten anderer Wirtschaftsgruppen löst. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft dagegen wird einerseits eine ausgeweitete Nachfrage den handwerklichen Fachkräften größere Arbeitsmöglichkeiten bieten, andererseits werden in der Industrie größere Ausweichmöglichkeiten bestehen.

PROBLEM MARKENARTIKEL

Das einzige wirksame Mittel, das der Verbraucher in der Wettbewerbswirtschaft gegenüber Produzenten und Händlern geltend machen kann, ist seine Einflußnahme auf den Marktpreis. Im frei gebildeten Wettbewerbspreis gleichen sich die Vorstellungen und Erwartungen aller Beteiligten untereinander aus und werden auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt. Er zwingt Produzenten, Händler und Konsumenten zu rationellem Handeln und sorgt für eine den Umständen nach angemessene Deckung des Bedarfs. Der Verbraucher sollte deshalb immer dann hellhörig werden, wenn jemand versucht, am Wettbewerbspreis herumzubasteln oder ihn durch Festpreise auszuschalten. Festgesetzte Preise sind nun einmal ein Fremdkörper in der freien Marktwirtschaft, wobei es keine Rolle spielt, ob der Staat oder ein privates Machtgebilde als Preisfixierer auftritt. Mit einigem Erstaunen muß man jedoch bemerken, daß die Freunde des Wettbewerbs auf der einen Seite die Aufhebung der letzten staatlichen Preisfestsetzungen fordern, daß sie aber gleichzeitig der *privaten* Preisbindung bei Markenartikeln im vorliegenden Gesetzentwurf gegen Wettbewerbsbeschränkungen ein Reservat einräumen wollen.

In einer Streitschrift hat der Geschäftsführer des Markenartikelverbandes alle Argumente zusammengetragen, die nach seiner Ansicht eine Festlegung der Endverkaufspreise durch die Markenartikelproduzenten rechtfertigen ¹⁾. Der Ausgangspunkt seiner Erörterungen ist die Forderung nach Stetigkeit der Nachfrage. Dieses Verlangen ist zwar vom Standpunkt der Hersteller aus verständlich; es zeugt aber von einem fundamentalen Mißverstehen des Wettbewerbsgedankens, wenn man glaubt, eben jene Stetigkeit gegen die Dynamik der Nachfrageseite — also gegen die Verbraucherwünsche — unter allen Umständen durchsetzen zu müssen, „Wettbewerb“ ist doch nichts anderes als der Ausdruck für *Anpassungsvorgänge*, die sich nach bestimmten Grundsätzen vollziehen. Sie haben ihre Ursache in Änderungen der Produktions- und besonders auch der Nachfragebedingungen. Wer das Verbraucherinteresse als entscheidenden Antrieb der Wirtschaft in den Vordergrund stellt — und das geschieht durch die Markenartikelindustrie immer wieder —, der muß logischerweise auch eine Änderung der Verbraucherwünsche akzeptieren.

Auf der Basis dieses Mißverständnisses bauen sich die Preisbindungsargumente der Markenartikelindustrie auf. Man macht den eigenen Wunsch nach stabiler und gesicherter Nachfrage zum Angelpunkt der Preispolitik. Selbstverständlich muß dabei die anfangs gegebene Nachfrage gebührend berücksichtigt werden; d. h. man kann keine völlig willkürlichen Preise ansetzen. Das lehrt die Preistheorie schon seit *Cournot*. Der Irrtum der Markenartikelhersteller hat seine Ursache jedoch darin, daß die Nachfragekurve nicht in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten bleibt, sondern daß sie sich hinsichtlich ihrer Lage und Elastizität ständig ändert. Der Preis darf also nicht „normiert“ werden, wenn er die Marktverhältnisse jederzeit unverzerrt zum Ausdruck bringen soll. Blockierte Preise sind entweder zu hoch oder zu niedrig ²⁾; beides ist der Marktwirtschaft gleichermaßen abträglich.

Nun berücksichtigen viele Markenartikelhersteller den dynamischen Charakter der Nachfrage bewußt oder unbewußt dadurch, daß sie mit überaus kostspieligen Propagandafeldzügen versuchen, den Nachfrageveränderungen ent-

¹⁾ Dr. H. Lutz, „Warum feste Preise für Markenartikel?“ München: C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, 1952. ²⁾ Der unwahrscheinliche Fall, daß sie dem echten Wettbewerbspreis entsprechen, entfällt; denn dann wird die Preisbindung sinnlos.

gegenzuwirken. Sie trachten danach, die Käufer durch Suggestivwerbung „bei der Stange“ zu halten. Es erscheint fraglich, ob die Kosten einer derartigen Großwerbung nicht wesentlich höher sind als es der Aufwand für Werbung durch die Einzelhändler wäre, wie es der Verfasser der kleinen Schrift behauptet. Stärker ist allerdings der psychologische Druck auf den Käufer. Gegen ihn wendet sich die Kritik, wenn vom „Meinungsmonopol“ die Rede ist³⁾.

Hier gilt es, einen weiteren Irrtum des Autors aufzuklären: Es kommt weniger darauf an, daß ein Verbraucher wegen des Nebeneinanders vieler gleichartiger Erzeugnisse die theoretische Möglichkeit hat, beim Kauf auf diese auszuweichen. Entscheidend ist vielmehr, daß er infolge der Suggestivkraft des Meinungsmonopols diese Ausweichmöglichkeit nicht mehr erkennt. Er „glaubt“ dort, wo er urteilen sollte! Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Zustand mit „Wettbewerb“ oft nur noch eine äußerliche Ähnlichkeit hat. In Wirklichkeit handelt es sich um die Ausnutzung der Unwissenheit der Verbraucher, von der schließlich auch manche Hersteller anonymer Waren —■ en passant —■ profitieren, die im Schatten der Markenerzeugnisse mitlaufen und auf eine besondere Werbung verzichten. Der Hinweis auf die Preis- und Reklamepolitik dieser Produzenten ist also wenig überzeugend.

Ein besonderes Kapitel bildet noch die Wirkung der festen Markenpreise auf die Handelsspanne. Es wird zwar zugegeben, daß dies ein Hauptansatzpunkt der Preisbindungsgegner sei, den sich aus der Kritik ergebenden Konsequenzen geht man jedoch aus dem Wege. Die „genormte“ Handelsspanne bei Markenartikeln verhindert die Rationalisierung der Absatzwirtschaft; sie hemmt die Leistungsauslese im Handel. In der Theorie besteht zwar ein Anreiz zur Senkung der Handelskosten, um bei festgesetzten Verkaufspreisen einen höheren Stückgewinn zu erzielen. Maßnahmen, die zur Kostensenkung führen, sind aber immer mit organisatorischen Anstrengungen und Umstellungen verbunden, an die man nicht ohne Zwang herangeht. Ein Zwang zur Rationalisierung besteht in Wirklichkeit nur dann, wenn Kostensenkungen zur gegenseitigen Unterbietung der Preise führen. Der einzelne Händler muß die Möglichkeit haben, seine Absatzmenge durch Preissenkungen zu vergrößern. Damit kommen wir zum Kernproblem unserer Kritik an der Preisbindung: Die Rationalisierung der Absatzwirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie erhält ihren gesamtwirtschaftlichen Sinn erst dann, wenn sie zu einer *Senkung der Verbraucherpreise* führt. Niemand sollte das Konsumenteninteresse auf seine Fahne schreiben, wenn er andererseits nicht bereit ist, die Käufer an den Vorteilen der Leistungssteigerung in der Distribution teilnehmen zu lassen.

Lutz verweist nun darauf, daß die Händler immerhin noch durch die gestaffelten Mengenrabatte bei steigenden Umsätzen einen Leistungsgewinn erzielen können. Wie aber soll ein Detaillist diese Umsatzsteigerung bei gebundenen Preisen und festen Qualitäten erreichen? In diesem Zusammenhang wird der „Kundendienst“ in die Debatte geworfen. Man kann sich der konsumgenossenschaftlichen Kritik ohne weiteres anschließen, daß nämlich die fachmännische Beratung des Verbrauchers eine Selbstverständlichkeit sei, die nicht nur bei Markenartikeln, sondern bei allen Waren gilt.⁴⁾ Was darüber hinaus vom Handel noch als „Kundendienst“ geleistet werden kann, führt zu einer abzulehnenden Kosten- und Preissteigerung bei allen Handelsgütern.

Es gibt kein wirtschaftliches Argument für die Preisbindung der zweiten Hand. Zu dieser klaren Erkenntnis der Wirtschaftstheorie sollten sich endlich auch die Interessenten bekehren.

³⁾ Siehe dazu Betaens „Das Meinungsmonopol der Markenartikel“, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 12/51.

⁴⁾ „Warum Festpreise für Markenartikel?“ Der Verbraucher 6. Jg. Nr. 40 vom 4. 10. 52, S. 491.

DIE WAHL EISENHOWERS UND DIE AMERIKANISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Der Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl als solcher hat objektive Beobachter kaum sehr überrascht. Nach der Nominierung *Eisenhowers* auf dem Chikagoer Parteikongreß der Republikaner hat es nicht allzu viele „Sachkenner“ gegeben, die nicht (selbst wenn sie persönlich gewillt waren, ihre Stimme dem Gegenkandidaten zu geben) davon überzeugt waren, daß „Ike“ kaum zu schlagen sein würde. Das änderte sich in der zweiten Hälfte des Wahlfeldzuges: *Stevenson*, der unbekannte Gouverneur aus Illinois, gewann mit jeder Rundfunkansprache, mit jeder öffentlichen Erklärung mehr Sympathien, während Eisenhowers „Friedensschluß“ mit der Taft-Gruppe, sein Erscheinen zusammen mit *MacCarthy* (den selbst die beiden großen für den General eintretenden Blätter „New York Times“ und „New York Herald Tribune“ scharf ablehnten!) ihm nicht weniger Freunde zu kosten schienen als die ihm eigene emotionelle Unbestimmtheit in der Behandlung konkreter Fragen. Als die drei großen Gewerkschaften in ihrer Führerschaft sich ausdrücklich für Adlai Stevenson erklärten, als klar wurde, daß das Reservoir der Negerwähler sich mit dem Südstaatler *Sparkmann* abzufinden schien, als mehr und mehr führende Schriftsteller und Intellektuelle des Landes (teilweise, nachdem sie ursprünglich den General unterstützt hatten) sich für Stevenson einsetzten, begann man auf eine etwaige Wiederholung des „Truman-Wunders“ von 1946 zu hoffen.

I.

Der Sieger der Wahl ist „Ike“ als Person —■ und als Symbol. Der wirklich Besiegte als Person und als Symbol ist *Harry S. Truman*. Der Name des einen schien zu meinen: Kreuzzug gegen eine in 20 Jahren Machtausübung korrupt und politisch fahrlässig gewordene Administration. Der zweite Name schien für viele eben das Bekämpfenswerte zu verkörpern. Hinzu kam, daß die Taft-Gruppe unter „Trumanismus“ ergänzend die „sozialistische“ Tendenz des Rooseveltischen New Deal und des Trumanschen Fair Deal als der kommunistischen Gefahr Vorschub leistend brandmarkte.

Nervös gemacht durch Korruptionsskandale aller Art, teilweise beeinflußt durch hysterische prokommunistische Verdächtigungen „linker“ Demokraten, vor allem aber gefühlsmäßig erbittert über die Sackgasse, in die die offizielle Politik die „Polizeiaktion“ in Korea geführt zu haben schien, haben Millionen von Frauen, Neuwählern und bisher uninteressiert abseits Stehenden in einer kaum je erreichten zusätzlichen Wahlbeteiligung Truman und seine Partei für alles Negative, was „unter allen Umständen geändert“ werden mußte, verantwortlich gemacht und einen „großen weisen Mann“ gewählt, um alles zum Besseren zu wenden.

Stevenson hat selbst mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß er in mehr als einer Hinsicht „neue“ Vorstellungen von der amerikanischen Politik hat. Er hat, zum Erstaunen aller Berufspolitiker, sowohl der „American Legion“ wie auch dem CIO recht deutlich erklärt, daß er nicht daran denke, allen Forderungen eines ihm freundlich gesinnten Verbandes später Rechnung zu tragen, falls sie dem Allgemeinwohl schädlich seien: Sowohl die Veteranen wie die Arbeiterdelegierten haben ihm nach Sekunden der Verblüffung minutenlang zugejubelt. Aber der der Nation persönlich weitgehend unbekannte Kandidat einer „neuen“

Demokratischen Partei hat einfach nicht genug Zeit gehabt, um den Wählern sich und seine Auffassungen zu präsentieren.

Praktisch ist Adlai Stevenson zusammen mit Truman besiegt worden; d. h. die Demokratische Partei als Ganzes war nicht in der Lage, den Großteil der Wähler davon zu überzeugen, daß der allgemeine Ruf nach einem „Wechsel“ unter demokratischer Führung in die Tat umgesetzt werden könnte. Als Person hat er an Statur gewonnen, hat er sich die Bewunderung der Arbeiterführer, der Neger, der Intelligenz erworben. Man wird noch einmal von ihm hören! —

II.

Es gibt im amerikanischen Zweiparteiensystem keine Arbeiterpartei, die in den Häusern des Kongresses vertreten ist. Die sozialistischen Parteien (drei von ihnen beteiligten sich mit eigenen Kandidaten an der Präsidentschaftswahl) sind nur als Kuriosa zu vermerken. Sie sind ohne jeden Einfluß in der Arbeiterschaft.

Die wirkliche Vertretung der amerikanischen Arbeiterschaft liegt bei den Gewerkschaften. Die „Unions“ haben lange Zeit darauf bestanden, sich nicht in die Parteipolitik einzumischen. Sie folgten im allgemeinen der Forderung ihres bedeutenden toten Führers *Samuel Gompers*: „Freunden der Arbeiter zu helfen, ihre Feinde zu bekämpfen“, d. h. sie gaben örtlich und einzelstaatlich jedem ihre Unterstützung, der als „arbeiterfreundlich“ galt, ganz gleich, welcher Partei er angehörte. Das „Political Action Committee“ des CIO verließ zum erstenmal den Boden dieser Neutralität, als es unter *Sidney Hillman* aktiv für Roosevelt eintrat. Seitdem hat der CIO mehr oder minder offiziell bei Wahlen den New Deal und später den Fair Deal der Roosevelt-Truman-Demokraten vertreten. Die AFL hat einmal in ihrer Geschichte zu einer Präsidentenwahl Stellung genommen, als sie, zusammen mit sozialistischen, liberalen und örtlichen Farmer-Arbeitergruppen die Kandidatur *Bob La Follette*s, des Führers der seinerzeitigen „Progressive Party“, unterstützte, und auch das nur im Namen der Führung, nicht in dem des Verbandskongresses. *John L. Lewis*, der Führer der Bergarbeiter, Begründer des CIO (er führte ihn heraus aus der AFL, wurde später wieder Mitglied der AFL, machte sich dann erneut selbständig), hat Roosevelt zuerst mit beträchtlichen Geldsummen im Wahlkampf unterstützt, überwarf sich dann mit dem Präsidenten und galt für ein Jahrzehnt als Freund der Republikaner. Er haßte Truman ebenso wie Roosevelt. Bei der letzten Wahl erklärte sich indes nicht nur der CIO ausdrücklich für Stevenson (seine Leute stellten neben den „Freiwilligen für Stevenson“ und der Gruppe „Americans for Democratic Action“ den Großteil der unbezahlten Wahlhelfer), sondern auch die AFL trat zum ersten Mal nach der Unterstützung von La Follette öffentlich für den Kandidaten der Demokraten ein. Und John L. Lewis schloß sich an: Die Bergarbeiter wurden aufgefordert, gegen Eisenhower zu stimmen. Wenn man hinzufügt, daß die „Brotherhoods“, die verschiedenen Eisenbahnergewerkschaften — wie die Bergarbeiter außerhalb der beiden Spitzenverbände organisiert —, ihrer ganzen politischen Temperatur nach dem CIO sehr nahe stehen, dann heißt das: die gesamte Gewerkschaftsbewegung trat für Adlai Stevenson, den Kandidaten der Demokratischen Partei, ein.

III.

Es wäre oberflächlich, es bei der Feststellung bewenden zu lassen, daß die Truman-Verwaltung (mit Recht oder zu Unrecht verantwortlich gemacht für viele Dinge, die den „kleinen Mann“ aufregten) mit der Kandidatur von Gouverneur Stevenson besiegt worden ist. Man hat — wohl oder übel — der Tatsache ins Auge zu sehen, daß mit diesem ersten gemeinsamen Kandidaten der amerikanischen Gewerkschaften auch die Führung (nicht die Mitgliedschaft) der Arbeiterbewegung in den USA eine Niederlage erlitten hat.

Die drei großen und die neben ihnen stehenden „unabhängigen“ Gewerkschaften repräsentieren etwa 16 Millionen wahlberechtigter Männer und Frauen. Mit den nicht organisierten Familienangehörigen, Frauen, Söhnen, Töchtern, ergibt das ein Wahlreservoir von rund 30 Millionen Menschen. Wären auch nur 50 vH. der Arbeiter, Arbeiterfrauen, Arbeitersöhne und -töchter der politischen Empfehlung der Führung gefolgt, so hätte eine gute Chance bestanden, zusammen mit dem fast einhelligen Neger-Votum, der Stimmabgabe der Intelligenz und der liberalen, unabhängigen und teilweise vorher der Demokratischen Partei verbundenen kleinbürgerlichen und Farmerkreise dem Kandidaten der Demokraten zum Siege zu verhelfen.

Vorsichtige Beobachter haben bei früheren Wahlen analysiert, daß die Leitung der Gewerkschaften etwa 35 vH. ihrer Mitglieder in ihrem Sinne zur Wahlurne zu führen in der Lage ist. Es gibt keine Möglichkeit, definitive Zahlen über die Beteiligung sozialer Gruppen und die Verteilung ihrer Stimmen zu erhalten. Man kann nur aus einzelstaatlichen Wahlergebnissen Folgerungen ziehen: sie scheinen zu beweisen, daß — soweit die Arbeiter den politischen Parolen ihrer Gewerkschaft überhaupt folgten — auch bei dieser Wahl kaum der für frühere Wahlen errechnete Durchschnitt von 35 vH. der Mitgliedschaft überschritten wurde (mit der erstaunlichen Ausnahme von West-Virginia, das John L. Lewis' Bergarbeiter an Stevenson brachten). Wie der CIO und die AFL heute zugeben, dürfte der größte Teil der Arbeiterfrauen und der Arbeiterjugend für Eisenhower gestimmt haben.

Der Appell an die „Mütter Amerikas“ im Zusammenhang mit der Koreafrage hat seine Wirkung nicht verfehlt. Darüber hinaus dürfte mehr als ein Gewerkschaftsmitglied sich dem emotionalen Hinweis der Ehefrau für „Ike“, daß er „unseren Jungen nach Hause bringen wird“, angeschlossen haben.

Die Gewerkschaftsführung war — wie die Demokratische Partei — nicht in der Lage, gegen die Bitterkeit der Mütter und kriegsunwilligen Neuwähler anzugehen. „Nicht nach Korea“ gehen zu müssen, war wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterfamilie.

IV.

Die Einbrüche in das „Labor-Vote“, die unzweifelhaft stattfanden, hängen zum großen Teil mit der hohen Wahlbeteiligung zusammen: etwa 60 Millionen stimmten diesmal ab; im Jahre 1948, dem Jahr des Trumansieges, waren es nur 50 Millionen. Aber obwohl Stevenson in vielen Staaten sogar mehr Stimmen als damals *Truman* oder Dewey erhielt, hat ein großer Teil der Neuwähler und „Parteilosen“ für den General gestimmt, auch in der Arbeiterschaft.

Zwei stark industrialisierte Staaten, Michigan mit seiner Automobilindustrie und seiner überwiegenden Arbeiterbevölkerung, Ohio ebenfalls mit großem Arbeiterreservoir, haben mit starker Mehrheit für Eisenhower gestimmt. In Michigan erhielt „Ike“ 11 vH. mehr Stimmen als der demokratische Kandidat, in Ohio war das Verhältnis 2 Millionen für Eisenhower gegen 1,5 Millionen für Stevenson, das sind 12 vH. mehr.

In anderen Staaten ergibt sich das gleiche Bild. Auch Lewis hat nicht verhindern können, daß die Bergarbeiter in Pennsylvania zum großen Teil republikanisch wählten. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Alles das hat nichts zu tun mit irgendeinem realen „Versagen“ der Gewerkschaftsführung. Sie hat sich loyal und mit allen Kräften für Stevenson als „Kandidat der Arbeiter“ eingesetzt. Aber man ändert nicht plötzlich vom Kommandoturm her die seit Jahrzehnten eingewurzelte Haltung derer, denen man Empfehlungen auf einem Feld gibt, das bislang nur mit Vorbehalten als

Domäne der „Unions“ angesehen wurde. Die amerikanischen Gewerkschaften waren zu lange unpolitisch, vor allem parteipolitisch neutral, daß nur Phantasten annehmen konnten, ihre Führer könnten wirklich die Stimmabgabe aller Mitglieder beeinflussen. Die sachlich-vorsichtigen Eimer Roperschen Analysen der Haltung, die der Durchschnitt der sozialen Gruppen zu den beiden großen Parteien einnahm, hat sich zumindest im Arbeitersektor als ziemlich zuverlässig erwiesen¹⁾.

V.

Die Wahl Eisenhowers zum Präsidenten der USA ist eine Entscheidung in Richtung auf eine Konservierung, auch wenn sie unter dem Zeichen des „Wechsels“ stand. In der Außenpolitik wird sich kaum viel ändern. Die Linie, die hier einzuhalten ist, ist geographisch, emotionell und historisch festgelegt. Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen die LTSA — wenn auch zögernd — bestimmte außerkontinentale Aufgaben. Sie haben sie zu erfüllen, zur eigenen Sicherung, welche Partei auch immer das Weiße Haus und den Kongreß beherrschen mag. Eisenhower wird hier kaum wesentliche Änderungen eintreten lassen. Möglicherweise wird die Auslandshilfe — vor allem vermutlich für Europa — beschnitten werden.

Die Preiskontrolle, bereits überall durchlöchert, wird — ebenso wie die Mietkontrolle — wahrscheinlich völlig in Wegfall kommen. Das wird zur Folge haben, daß die Gewerkschaften für die Beseitigung der Lohnkontrolle eintreten und — wie John L. Lewis das kürzlich tat — verschärfte Lohnkämpfe ankündigen. Wieweit die Taft-Gruppe im Falle einer aggressiveren Lohnpolitik der Gewerkschaften den nur über eine schwache republikanische Mehrheit verfügenden Kongreß, vor allem aber auch Eisenhower selbst, dazu veranlassen kann, dem Verhalten der Gewerkschaften mit gesetzlichen Maßnahmen entgegenzutreten, bleibt abzuwarten.

Mit der Ernennung des 58jährigen demokratischen Gewerkschaftsführers *Martin Durkin*, des bisherigen Vorsitzenden der Spenglergewerkschaft in der AFL, zum Arbeitsminister, hat Eisenhower eine bemerkenswerte Geste gegenüber den Gewerkschaften gemacht. Senator Taft protestierte empört: die Ernennung Durkins sei „unmöglich“ und eine „Herausforderung“. Der CIO-Kongreß, der Anfang Dezember in Atlantic City stattfand, hat dem neuen Arbeitsminister rückhaltlose Unterstützung zugesagt. Mit Durkin haben die Gewerkschaften entgegen der ursprünglichen Erwartung einen Vertreter im Eisenhower-Kabinett erhalten. Durkin hat die Absicht, eine Besprechung zwischen Taft und den Gewerkschaftsführern einzuberufen, bei der die Revision des Taft-Hartley-Gesetzes behandelt werden soll. Er glaubt, daß eine Revision möglich ist, die die Arbeiter ebenso wie die Unternehmer zufriedenstellt.

Welche Lehren werden die Gewerkschaften aus dieser Wahl ziehen? Daß sie sich in Zukunft mehr als bisher auch außerhalb der Wahlzeiten der politischen Erziehung ihrer Mitglieder, vor allem aber auch der Beeinflussung der Arbeiterfrauen und der Arbeiterjugend widmen werden, hat man bereits angekündigt. Ob man eine andere Folgerung — nach dem Tode von *Philip Murray* und *William Green*²⁾ dringender als jemals — ziehen wird, nämlich eine einheitliche amerikanische Gewerkschaftsbewegung auch organisatorisch herzustellen, nachdem man am 4. November zum erstenmal Schulter an Schulter für die gleichen Ziele eingetreten und dabei gemeinsam geschlagen worden ist, wird die Zukunft erweisen.

¹⁾ Vgl. dazu „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Heft 9/1952, „Politische Meinungsbildung sozialer Gruppen in den USA“.

²⁾ Lebensbilder der verstorbenen und der neu gewählten Gewerkschaftspräsidenten George Meany (APL) und Walter Reuther (CIO) „werden wir im Januarheft veröffentlichen.“ (Die Redaktion.)

BRITISCHE GEWERKSCHAFTEN UND KONSERVATIVE REGIERUNG

Wer von England aus die Probleme verfolgt, vor denen die britische Gewerkschaftsbewegung steht, wird nur mit einigem Kopfschütteln auf manche der apodiktischen Behauptungen reagieren können, die *F. W. Schoberth* in seinem Aufsatz „Probleme der heutigen englischen Gewerkschaftspolitik“ (Heft 8/1952) ausspricht. Daß der „Geist *Ramsay Macdonalds* bisher die stärkste Kraft in der Labour Party während der Amtsdauer der Attlee-Regierung und anscheinend auch heute noch in der Opposition“ gewesen sein soll, klingt einigermaßen überraschend für jeden Kenner: der „Geist *Macdonalds*“ symbolisiert eine Politik des innerpolitischen Burgfriedens und der Koalitionsbereitschaft, die in jedem Stadium von der Arbeiterpartei in der Regierung und der Opposition abgelehnt wurde. Daß *Aneurin Bevan* die Partei „offensichtlich noch nicht gespalten hat“, ist wahr; aber die ganze Fragestellung ist verfehlt, da ihm niemand je diese Absicht unterstellt hat. Daß sich *Bevan* in seiner (hier nicht zu erörternden) gegenwärtigen Haltung „besonders auf Gewerkschaftskreise stützt“, steht in offenkundigem Widerspruch zu der Tatsache, daß es gerade der Gewerkschaftsbund ist, der sich als das Zentrum des Widerstandes gegen eine Einstellung erwiesen hat, die man in Ermangelung eines besseren Ausdrucks als „*Bevanismus*“ bezeichnet. Sicherlich erfreut sich *Bevan* der Unterstützung einiger kleinerer und zweier größerer Verbände innerhalb des Gewerkschaftsbundes, aber die großen Organisationen und insbesondere *Bevan*s eigener Verband, die Bergarbeiter, bekämpfen seine Politik scharf. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß in Margate hat die von ihm vertretene Politik sehr schlecht abgeschnitten. Manche von *Schoberth*s Formulierungen sind einfach unverständlich, so wenn er sagt, daß die „Haltung der Gewerkschaften entscheidend“ sei, „da dem ständigen Planungsausschuß“ — gemeint ist wohl der Parteivorstand der Arbeiterpartei — „sowohl *Morrison* wie *Bevan* angehören, der rechte und der linke Flügel sich also vergleichen müssen, und das Schwergewicht auch weiterhin auf dem Nationalisierungssektor und im Sozialbereich liegt“. In einem Land, in dem die Gewerkschaften mit mehr als acht Millionen Mitgliedern die stärkste organisierte Kraft darstellen, ist ihre Haltung immer und unter allen Umständen entscheidend. Das gilt natürlich noch mehr für eine politische Partei, von deren sechs Millionen Mitglieder fünf Millionen als Kollektivmitglieder von den Gewerkschaften eingebracht wurden. Auf dem „Sozialbereich“ liegt immer und überall das Schwergewicht. In der Frage einer eventuellen Fortführung des Nationalisierungsprogramms sind sowohl innerhalb der Arbeiterpartei als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Ansichten geteilt. Einerseits findet *Schoberth*, es habe „sogar gelegentlich in den Nachkriegsjahren Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohnpolitik“ gegeben, „da sich die Gewerkschaften nicht eindeutig auf eine ideologische Linie festlegten“, andererseits bemerkt er aber, daß sie sich „gewollt oder ungewollt während der Amtszeit der Labourregierung auf eine politische Linie mitverantwortlich festgelegt“ hätten, und fügt hinzu, daß „eine reinliche Rückkehr zu völliger ideologischer Ungebundenheit“ nicht mehr möglich sei. Aber zurückkehren kann man doch nur zu einer Haltung, die man früher eingenommen hat! Eine parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften, eine „völlige ideologische Ungebundenheit“ hat es jedoch in Großbritannien nie gegeben. In keinem Lande der Welt sind die Nachkriegsjahre ohne *alle* Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Lohn-

politik vorübergegangen, aber die *verhältnismäßig* geringen Schwierigkeiten, denen sich Großbritannien diesbezüglich gegenüber sah, waren eine Folge der objektiven Weltlage, nicht jedoch eine Folge dessen, daß sich die Gewerkschaften „nicht eindeutig auf eine ideologische Linie“ festgelegt haben sollen. Sie haben es getan und dadurch dem Lande viele Schwierigkeiten erspart, sie haben sich mit ihrem ganzen Gewicht hinter die Politik der Arbeiterregierung gestellt, auch dort, wo diese zu wenig populären Schritten gezwungen war; sie haben ihre Sache mit der der Arbeiterregierung identifiziert und es damit erst möglich gemacht, daß sich der Regenerationsprozeß der Nachkriegsjahre ohne alle die üblen Begleiterscheinungen abspielte, die kapitalistische Sanierungen kennzeichnen. Englands Wirtschaft wurde erneuert, die Produktion auf vorher nie gekannte Höhen gehoben, nicht *obwohl*, sondern *weil* Regierung und Gewerkschaftsbund sich auf eine Politik absoluter sozialer Gerechtigkeit, eine Politik der Vollbeschäftigung und der gerechten Anteile für alle festgelegt hatten. Da die Massen der arbeitenden Menschen richtig erkannten, daß ihnen die Arbeiterregierung den Arbeitsplatz und den gegenüber der Vorkriegszeit durchschnittlich um 20 vH. höheren Reallohn garantierte, waren sie auch bereit, die ihnen von der Gewerkschaftsbewegung empfohlenen Opfer zu tragen, durch die ihnen diese Errungenschaften für alle Zukunft gesichert werden sollten.

Auch die Behauptung, Labour habe „die Klassenstruktur im wesentlichen unberührt gelassen“ und nur „krasse Ungleichheiten eingeebnet“, hält näherer Prüfung nicht stand.¹⁾ Die Vervierfachung der Zahl der Personen, die „normale“ Einkommen zwischen 250 und 1000 Pfund haben, und das Zusammenschrumpfen des zahlenmäßigen Umfangs der Menschenkategorie, der nach der Besteuerung mehr als 6000 Pfund verbleibt, auf *ein* Prozent infolge der labouristischen Steuerreform — das spricht eine deutliche Sprache. Die alte Klassenstruktur wurde dadurch natürlich nicht beseitigt, aber würde sie überall in der Welt im gleichen Maße „unberührt gelassen“, könnten die arbeitenden Menschen in ganz anderer Weise die Früchte ihrer Arbeit genießen, als es heute der Fall ist.

Wie alles auf dieser Welt, war auch das Labourexperiment nicht ohne Unzulänglichkeiten und Halbheiten. Sie zu leugnen, hätte keinen Sinn, auch wenn man der Auffassung zuneigt, daß man ihnen nur in einer Gesamtbeurteilung gerecht werden kann, die die positiven Seiten ebenso wie die negativen sowie ihre gegenseitige Bedingtheit behandelt. Bemerkungen aber, wie die, daß es Labour versäumt habe, „die Initiative der politisch Denkenden in den nationalisierten Industrien, in den Gewerkschaften und den Kooperativen anzustacheln“ oder, daß die „Gewerkschaftsfunktionäre zu langsam arbeiten“, so daß es schwer gewesen sein soll, „Verbindung zur gelebten Wirklichkeit zu halten“, sind in ihrer generalisierenden Oberflächlichkeit falsch und erschweren eine seriöse Auseinandersetzung.

„Es wäre eine Tragödie“, meint Schoberth, „wenn die Frage der sozialen Dienste zu einem Instrument parteipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen würde“. An anderer Stelle spricht er wieder von der „angekündigten und zum Teil schon sichtbaren Verschlechterung der Sozialdienste“. Hier ist es wieder schwer, den Gedankengängen des Autors zu folgen. „Sozialdienste“ ist eine nicht sehr glückliche Übersetzung des englischen Begriffes „Social Services“; gemeint sind die Leistungen der Sozialversicherung im weitesten Sinn des Wortes. Sie waren als ein ausgesprochen politisches Problem immer Gegenstand (wenn auch nicht Instrument) „partei-politischer Parlamentsauseinandersetzung“.

Vgl. hierzu den Aufsatz des Verfassers „Der Erdrutsch innerhalb des britischen Volksvermögens“ „Gewerkschaftliche Monatshefte“ Nr. 1/1951, Seite 52 ff.

gen“, sie waren es durch Jahrzehnte, bis die Arbeiterregierung gegen die Stimmen der Konservativen die Sozialversicherung der gesamten Bevölkerung und den (unentgeltlichen) Staatlichen Gesundheitsdienst verwirklichte. Schoberth hat recht, wenn er sagt, daß die Konservativen heute sich nur aus taktischen Gründen hinter diese Errungenschaften stellen; aber warum sollte es eine „Tragödie“ sein, wenn Labour im Wege „parteipolitischer Parlamentsauseinandersetzungen“ versucht, Verschlechterungen zu verhindern? Es ist eine sehr bezeichnende Tatsache, daß die Konservativen bisher nur gewagt haben, die Unentgeltlichkeit des Gesundheitsdienstes in einer prinzipiell abzulehnenden, aber praktisch nicht allzu harten Weise zu durchlöchern. Hingegen haben sie die Sozialversicherung nicht angetastet und als teilweise Kompensation für die von ihnen herbeigeführte Erhöhung der Lebenshaltungskosten die Leistungen erhöht. Das zeigt, daß auch reaktionäre Kräfte in einer konsolidierten Demokratie nicht wagen können, die Arbeiterschaft allzusehr herauszufordern.

Was Schoberth über die angeblichen Verpflichtungen der Labour Party als Mitglied der Sozialistischen Internationale und der Gewerkschaften „innerhalb der antikommunistischen Gewerkschaftsinternationale“ sagt, ist nahezu wörtlich einem Aufsatz von *Cole* entnommen. Bei aller Achtung vor Professor Cole und dessen Lebenswerk muß man sich aber davor hüten, jedes Wort, das er einmal geschrieben hat, als Offenbarung zu betrachten. Die Labour Party hat keinerlei politische Verpflichtungen gegenüber der Sozialistischen Internationale, und der IBFG befindet sich nicht, wie dessen Pressechef in einer vom „New Statesman“ abgedruckten Antwort an Professor Cole festgestellt hat, auf einem „weltweiten antikommunistischen Kreuzzug“. „Der einzige internationale Kreuzzug, auf den sich der Bund begeben hat“, heißt es in dieser Erklärung, „richtet sich gegen Armut, Hunger und Krankheiten und verteidigt die Gewerkschaftsfreiheit, wo sie bedroht ist. Das bringt uns naturgemäß in Gegensatz zu den kommunistischen Diktaturen wie zu denen Francos und Perons.“

„Die Partnerschaft zwischen der gegenwärtigen Regierung“, meint Schoberth, „und den Gewerkschaften ist praktisch zu Ende.“ Hier sind wir beim Kern der Sache angelangt. Eine Partnerschaft zwischen der Regierung *Churchill* und den Gewerkschaften hat es nie gegeben. Trotzdem hat die veränderte Stellung der Gewerkschaften, die überragende Stellung, die sie sich unter der Arbeiterregierung erkämpfen konnten, angesichts des Regierungsantritts der Konservativen neue Probleme aufgeworfen. In England ist es eben heute so, daß der Präsident des Bergarbeiterverbandes ein mächtigerer Mann ist als der Premierminister, daß aber ersterer von seiner Macht den sparsamsten und verantwortungsvollsten Gebrauch macht. Als die Konservativen mit weniger Stimmen als die Arbeiterpartei, aber mit mehr Mandaten an die Regierung kamen, hat der Gewerkschaftsbund eine Erklärung herausgegeben, die die Bereitschaft zu sogar freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Regierung *Churchill* bekundete. Das wurde erst auch in den eigenen Reihen nicht widerspruchslos aufgenommen. Die Gewerkschaften wollten aber nichts anderes tun als den Gedanken ausdrücken, daß sie die durch demokratische Wahlen zustande gekommene Regierung eines demokratischen Landes loyal anerkennen, auch wenn diese ihren Vorstellungen nicht entspricht. Das konnte selbstverständlich nie bedeuten, daß die Gewerkschaften darum ihre Pflicht, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer mit Nachdruck und natürlich mit Bedacht auf die Gesamtinteressen des Landes wahrzunehmen, irgendwie vernachlässigen würden.

Es muß zugegeben werden, daß sich *Churchill* äußerlich zunächst sehr bemühte, das natürliche Mißtrauen der Arbeitnehmerschaft gegenüber seiner Regierung nicht überflüssig zu verstärken. Zum Arbeitsminister berief er nicht

irgendeinen Scharfmacher, sondern einen angesehenen Rechtsanwalt, der politisch kaum je hervorgetreten war und der auch alles daransetzt, die Gewerkschaften nicht zu verärgern. Die Regierung Churchill hält die demokratischen Spielregeln ein und konsultiert den Gewerkschaftsbund ebenso wie die Organisation der Arbeitgeber. Aber das bezieht sich nur auf die Form und nicht auf den Inhalt. Die Gewerkschaftsbewegung wollte nicht den ersten Stein werfen und hat abgewartet. Inzwischen haben die Konservativen in offenem Bruch aller Wahlversprechungen die staatlichen Zuschüsse zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise abgebaut und damit die Lebenshaltungskosten in die Höhe getrieben. Um das zu verhüllen, hat der konservative Schatzkanzler *Butler* die Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung zugestanden und auch bei der Einkommensteuer Konzessionen gemacht, die zwar den Menschen mit großen Einkommen mehr zugute kommt als den Arbeitern und Angestellten, die aber doch gewissen Arbeiterschichten kleine Erleichterungen bringen. Sie wiegen die Verteuerung der Lebenshaltung nicht auf, aber sie zeigen, daß nach sechs Jahren Labour-Regierung ein offen und eindeutig antisozialer Kurs nicht möglich ist. Dafür wollen aber die Konservativen die Verstaatlichung der Stahl- und Eisenerzeugung rückgängig machen und versuchen, hier die Gewerkschaften einzufangen, indem sie ihnen bei der Neuorganisation dieser Industrie eine gesetzlich verbürgte Position einräumen wollen. Die Gewerkschaften gehen aber nicht in die Falle und haben gegen diese Absicht sowie gegen die weitere, den Gütertransport auf lange Strecken wieder der privaten Initiative in die Hände zu spielen, schärfste Opposition angekündigt. Der letzte Gewerkschaftskongreß verpflichtet eine künftige Arbeiterregierung, diese Schritte, falls sie zur Tat werden sollten, wieder rückgängig zu machen und die Unentgeltlichkeit des Gesundheitsdienstes wiederherzustellen. Trotz der konservativen Provokation mit der mutwilligen Verteuerung der Lebensmittel hat der Gewerkschaftskongreß die staatsmännische Besonnenheit aufgebracht, den angeschlossenen Verbänden weiter Mäßigung bei Lohnforderungen zu empfehlen.

Wie man sieht, versucht die mit sehr labiler Mehrheit arbeitende Regierung Churchill ihre wahren und natürlich antisozialen Ziele hintenherum durchzusetzen. Andererseits ist es natürlich, daß sich innerhalb der sich ihrer Stärke und Schlagkraft bewußten Gewerkschaftsbewegung Tendenzen bemerkbar machen, die nach außerparlamentarischen Aktionen gegen die unsoziale Politik der gegenwärtigen Regierung rufen. Es spricht für das hohe Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften, daß diese Tendenzen, für deren Entstehung man nicht nur „kommunistische Machenschaften“ verantwortlich machen muß, nicht an die Oberfläche gelangen können. Sie wurden vom letzten Gewerkschaftskongreß verworfen, und auf dem Parteitag der Labour Party in Morecambe haben zwei gewerkschaftliche Sprecher, *Deakin* von den Transportarbeitern und *Lawther* von den Bergarbeitern, es ausdrücklich abgelehnt, durch wilde Streikaktionen die Möglichkeiten zu verschütten, auf dem demokratischen Wege der Stimmenabgabe wieder eine Labour-Regierung zu bekommen. Hier zeigt sich, wer der wahre Hüter der Demokratie ist. Churchill sündigt, weil er sich dessen sicher ist, daß der Gewerkschaftsbund alle Energien aufwenden wird, um einem Anwachsen antidemokratischer Strömungen Einhalt zu gebieten. Das ist von ihm, dessen Pflicht es wäre, Erschütterungen des Glaubens an die Demokratie nicht zuzulassen, zweifellos unverantwortlich. Aber die britischen Gewerkschaften schrecken vor keinem Opfer und vor keiner unpopulären Parole, die sie in den Verdacht des „Bremsens“ bringen könnte, zurück, wenn es ernstlich gilt, die Grundlagen der Demokratie zu schützen, die allein ihnen eine Gewähr dafür zu bieten scheint, daß der arbeitende Mensch sein Recht erhält.

DAS BILD DES 20. JAHRHUNDERTS

Kein Jahrhundert bietet ein so verworrenes und verwirrendes Bild wie das zwanzigste. Zwei Weltkriege hat es erlebt. Revolutionen haben sein Antlitz umgeformt und zum Teil verwüstet. Reiche entstanden in seinem Schoß, die sich tausendjährige nannten, und die in der Tat das Werk eines Jahrtausends an Zerstörung vollbrachten. Das deutsche Volk ist in seine Siedlungsgrenzen von 1900 zurückgeworfen worden. Das westliche Europa gleicht dem Reich Karls des Großen, und nichts drückt die Narrheit der Zeiten besser aus als die Tatsache, daß man allen Ernstes das Reich Karls des Großen als die Form und Gestalt des neuen Europas vorschlagen könnte.

Bedrückender denn je ist daher die Frage, in welchem geschichtlichen Augenblick wir denn leben. Niemand kann in irgendeinem Bereich des Lebens — sei es dem politischen, dem wirtschaftlichen, dem sozialen — handeln, der nicht versucht, sich eine Antwort darauf zu geben. All unser Tun ist ja eitel« wenn es nicht von der Welle größerer Kräfte vorangetragen wird.

Das Bild des Jahrhunderts ist für uns noch in Dunkel gehüllt. Das vulkanische Feuer der großen Katastrophe warf zuweilen ein flackerndes Licht auf sein Antlitz und verwandelte es oft genug zur Fratze. Was wissen wir von diesem Jahrhundert, seinen geschichtlichen Kräften, den politischen und sozialen Gewalten, aus denen es geboren wurde und die es selber wieder freisetzte, von seiner „inneren“ Bewegung, die uns fort- oder umreißen wird? Es soll daher in einer Artikelserie versucht werden, ein Bild der Literatur zu vermitteln, die unser Jahrhundert zu erhellen und zu beleuchten imstande ist. Es sollen sowohl Darstellungen und Deutungen des Jahrhunderts als auch Erinnerungen herangezogen werden. Dem Zweck der Aufsätze entsprechend soll die Kritik gegenüber der Information über den sachlichen Inhalt der Werke zurücktreten. Es ist nicht an eine „Sammelbesprechung“ gedacht, es soll vielmehr der Kern und die Substanz der Besinnung um die geschichtliche, politische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Jahrhunderts herausgearbeitet werden.

„Das 20. Jahrhundert“ als Ganzes behandelt Hans Kohn¹⁾ in einem bedeutenden und mitreißenden Buch. „Eine Zwischenbilanz des Westens“ nennt Hans Kohn das Buch selber. Es wundert nicht, daß genau soviel, vom 19. Jahrhundert die Rede ist wie vom 20.; denn tatsächlich lebt jedes Jahrhundert das Leben des vorangehenden. Das Schicksal des 20. Jahrhunderts ist in Wahrheit im Jahre 1848 entschieden worden, wie Hans Kohn mit suggestiven und nachdrücklichen Worten darlegt. 1848 war der Frühling, auf dessen Blüten im 20. Jahrhundert sich der Reif großer und schrecklicher Katastrophen legte. „Noch selten ist der Anbruch eines annus mirabilis auf dem ganzen Kontinent mit so gleichgestimmten Erwartungen begrüßt worden. Die Luft war gleichsam erfüllt von Visionen der himmlischen Stadt des verweltlichten Christentums des 18. Jahrhunderts. Seit einigen Jahren hatten Michelet und Mickiewicz, Lamennais und Nazzini mit hinreißendem Gefühlüberschwang das Volk als den neuen Messias begrüßt, die erwartete Revolution als eine göttliche Offenbarung, Paris oder Rom als das neue Jerusalem einer wiedergeborenen Menschheit und leidende Völker als den neuen Christus . . . Die Stunde des Jüngsten Gerichtes, hat geschlagen. Die Freiheit steigt aus ihrem Grab, und die Werke Satans werden von ewiger Finsternis verschlungen . . .“

*) Hans Kolin: Das zwanzigste Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz des Westens. Zürich, Europa Verlag,

„Ein neues Zeitalter war angebrochen, und gerade die Ereignisse von 1848 deuteten in ihrem überraschenden und enttäuschenden Verlauf zum erstenmal voraus auf das folgende Jahrhundert, das beherrscht war von dem Auftauchen und dem Zusammenprall zweier neuer Massenkräfte, des Sozialismus und des Nationalismus.“ Kohn schildert dann die Verdunklung des Völkerfrühlings, Nationalismus, Kult der Gewalt, Entthronung der Vernunft, Krise des Individuums, das sind die Gewalten, die den Geist des Jahrhunderts zu zerstören und verwüsten begannen. All das beginnt im 19. Jahrhundert, um im 20. Jahrhundert aus einer langsamen Erkrankung zu einem rasenden Anfall zu werden, „Der Angriff der Tradition“ folgt. Darunter ist Preußentum und Romantik gemeint. Vielleicht hätte Kohn etwas stärker betonen können, daß es auch — wie vor allem in England — eine Tradition der Freiheit gibt und daß in England die Tradition die mächtigste Bewahrerin und Beschützerin der Freiheit ist. Im 20. Jahrhundert geschieht nun der „Angriff alter Mythen und neuer Strömungen“ (Imperialismus, Rassenbewußtsein, Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus)..

Die Demokratie, der Kohn ein relativ kurzes Schlußkapitel widmet, steht zwar mit einem strahlenden Licht vor einem so düsteren Hintergrund, und der Leser hat den Eindruck. —• gegen den Willen des Autors —, als sei ihr Leuchten von jenem Ring umgeben, den Lichten im Nebel haben. Kohn schließt daher auch mit einer Mahnrede an die Demokratie amerikanischer Prägung, sich nicht für die einzige Wahrheit dieser Welt zu halten. Hans Kohn, dessen Vaterstadt Prag zweimal in diesem Jahrhundert (1939, 1948) die Sonnenfinsternis der Welt anzeigte, weiß aus dem Geist der europäischen Toleranz heraus, daß Gottes Licht sich in dem Prisma der Menschheit in unzähligen Farben bricht. Verschiedene Zivilisationen und Überlieferungen werden, so sagt Kohn, selbst in dieser einen Welt nebeneinander bestehen können. „Der Reichtum der Verschiedenheit ist eine der großen Kräfte der Geschichte und des Fortschritts.“ Kohn vertraut darauf, daß die USA und die Sowjetunion sich nicht mehr sehr lange als die beiden einzigen großen Machtzentren der Erde gegenüberstehen werden. „In nicht zu ferner Zukunft werden ein geeintes Europa, ein geeintes, geordnetes China oder das wiedererweckte Reich des Islams von Marokko bis Java auf den Plan treten, nicht weniger mächtig, ja vielleicht mächtiger als die gegenwärtigen Riesen.“ Die atlantische Union aber werde der Grundstein zu einer neuen Entwicklung werden und eine neue Entwicklungsstufe der westlichen Zivilisation heraufführen, „die, der Enge des unbedingten Nationalismus entwachsen, dem Menschen des Westens seinen Glauben an die Freiheit wiedergeben wird“.

So sieht also Kohn den geschichtlichen Augenblick; auf der Erde scheinen sich neue starke Kulturen und politische Einheiten zu entwickeln. Er sieht daher das Jahrhundert als die Eingangspforte in eine neuere, größere und reichere Epoche der Menschheit an.

Es hat seinen Reiz, eine amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts in Europa dem Kohnschen Werk gegenüberzustellen: Das Werk von *Benns*: „Europäische Geschichte seit 1870“²⁾. Benns behandelt in diesem Werk das 20. Jahrhundert auf die eingehendste Art. Die Tatsachengeschichte ist gründlich und genau erzählt (wenn auch das Buch bei seinem ungeheuren Stoff und bei Zehntausenden von Detailangaben zahlreiche Irrtümer enthält). Den Gang der Geschehnisse — so wie er optisch sichtbar wird — kann man in dem Buch aber auf das nützlichste nachlesen. Das ansprechende und stoffgeladene Werk macht

2) Frank Lee Benns: Europäische Geschichte seit 1870. 2 Bde. Bruno Mahlmann, Fürstenfeldbruck.

aber eine Tatsache des 20. Jahrhunderts ganz deutlich: Amerika ist wenig berührt von den Katastrophen des 19. und 20. Jahrhunderts. Das Geschichtsbild Bennis' ist wie das des Amerikaners überhaupt schlicht und ganz unkompliziert. Wenn das 20. Jahrhundert Unruhe, Chaos, das Wandern durch Abgründe und die Quäl des Zweifels für Europa bedeutete, dann ist Amerika nicht 20. Jahrhundert, vielleicht nicht einmal 19. Jahrhundert. Die Amerikaner erleben den Zerfall des Abendlandes so wie die Germanen dem Untergang Roms zusahen, ohne ihn je recht zu begreifen. (So wenig natürlich die Amerikaner als Zerstörer und Eroberer nach dem Abendland kamen.) „Das 20. Jahrhundert“ ist ein Fluch Europas und vielleicht nur Europas.

Das souveräne und faszinierende Buch von *H. A. L. Fisher*: „Die Geschichte Europas“³⁾ ist nicht nur eine europäische Geschichte, sondern eine Geschichte Europas. Fisher schildert das Epos Europas, dieses kleinen Fleckens Erde, das ein Eiland im Meer der Armut, des Elends, der Katastrophen und der Not darstellt, Fisher arbeitet heraus, wie es ja die ganze moderne Besinnung um den geschichtlichen Ort des Abendlandes tut, wie sehr Europa eine weltgeschichtliche „Ausnahme“ darstellt, wie es sich hervorhebt aus der gleichförmigen Glut von Elend, Armut und Katastrophe, die eintönig durch die Weltgeschichte strömt. Die Menschen waren gewohnt, die Sicherheit und Geborgenheit, die Freiheit, das Recht, den gehobenen Lebensstandard Europas für den normalen Zustand zu halten, während er in Wirklichkeit eine Unterbrechung des ewigen und gewohnten Daseins der Menschheit ist.

„Nach vielleicht 20 Millionen Jahren, in denen menschliche Lebewesen unseren Planeten bewohnen, ist das Leben des größten Teiles der Menschheit nach wie vor so, wie Hobbes es sah: ‚Häßlich, brutal und kurz.‘ Von den zwei Milliarden Menschen, die es auf der Erde gibt, weiß auch heute noch der größte Teil nicht, ob er morgen sein tägliches Brot finden wird oder Hunger leiden muß. Aber von all dem Elend, das in den weiten Räumen Asiens, Afrikas und Südamerikas herrscht, wo Millionen gelebt, geschuftet haben und gestorben sind, ohne eine Spur ihres Wirkens zu hinterlassen, haben wir in diesem Buche nichts berichtet. Ich habe nur versucht, so kurz und gedrängt als möglich, einen allgemeinen Überblick über die Geschichte des Zweiges der menschlichen Rasse zu geben, der, vom glücklichen Klima Europas begünstigt, so blühte und gedieh, daß er mit seiner Nachkommenschaft nicht nur neue Kontinente bevölkern konnte, sondern auch dank seiner Arbeit, seinem Wettbewerb und seinen Konflikten, seinen Träumen und Ansprüchen einen nie gekannten Standard der Lebensgestaltung erreichte.“

Der Zauberer Europas aber ist der ewige Zwiespalt zwischen Mannigfaltigkeit und Einheit. So hat es einst *Jacob Burckhardt* gesehen: Europa sei die lebendige Einheit in Gegensätzen. Das ist auch die Auffassung Fishers, der diesen Gedanken unaufdringlich bei einer überlegenen, meisterhaft zusammengefaßten Erzählung europäischer Geschichte „vom griechischen Morgenrot an bis zur Schwelle des zweiten Weltkrieges“ veranschaulicht.

„Man hat immer wieder versucht, diesen energischen, eigenwilligen Völkern Europas eine gemeinsame Ordnung aufzuerlegen, aber alle diese Versuche sind zusammengebrochen. Das Römische Reich fiel den Germanen zum Opfer. Die christliche Kirche war bei weitem die stärkste Kraft von allen, die in historischer Zeit für die Einheit gearbeitet hatten. Dies Streben wurde zum erstenmal durch den Streit zwischen Griechen und Lateinern und später durch den Aufstand des protestantischen Nordens vereitelt. Es gibt auch kein System weltlicher Ideen,

³⁾ H. A. L. Fisher: Die Geschichte Europas. 2 Bde. Ernst- Klett Verlag, Stuttgart. Preis: Leinen 44,— DM.

das mehr Glück gehabt hätte und zu allgemeiner Anerkennung gekommen wäre. Europa ließ sich nicht durch das Evangelium der Gleichheit einigen, das die Französische Revolution in die Länder trug. Genau so, wie es sich heute weigert, das eiserne Programm des russischen Kommunismus anzunehmen. Und dennoch liegt seit dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung der Gedanke einer europäischen Einheit in der Luft. Immer wieder hat er die Einbildungskraft von Staatsmännern und Völkern angeregt. Es gibt ja auch keine Frage, die für die Zukunft und das Wohlergehen der ganzen Welt so wichtig wäre wie die, wie die Völker Europas, deren Unterschiede so vielfach und so tief eingewurzelt sind, am besten in einer festen Organisation zusammengeschlossen werden können, um in ihr gemeinsame Ziele zu verfolgen und gemeinsame Nöte abzuwehren.“

„Die Geschichte unserer Zeit 1870—1950“ von *Emil Franzel*⁴⁾ ist ein mutiger und bestechender Versuch, politische und Kulturgeschichte zu vereinen. Der unendliche und widerspenstige Stoff ist mit recht sicherem Griff durch große Gesichtspunkte zusammengefaßt. Naturgemäß ist „unsere Zeit“ die Zeit des Abendlandes. Das Thema ist die Spätblüte Europas und die Abenddämmerung Europas. Die Zeit von 1871 bis 1900 erlebt den Rausch der europäischen Welt-herrschaft und eine verwirrend großartige und gewaltige Machtstellung des alten Kontinents. In dieser Zeit, meint Franzel, sei die „Vollendung des materialistischen positivistischen Weltbildes“ vollzogen worden. Die Epoche, die mit dem ersten Weltkrieg schließt, ist für Franzel gekennzeichnet durch die „Erschütterung der europäischen Vorherrschaft in der Welt“. In diesem Zeitraum löste sich auch das alte materialistische Weltbild auf. Die Kulturkrise, die es erschüttert, ist erfüllt und beherrscht von einer dumpfen Ahnung der Katastrophe und zuweilen sogar von der Sehnsucht nach dieser Katastrophe. Die Zeit von 1918 bis 1950 bezeichnet Franzel als den „Beginn des globalen Zeitalters“. So wäre der Übergang zur globalen Ordnung (einer Weltfriedensordnung, wie Franzel im Schlußwort meint) der Sinn des 20. Jahrhunderts.

*Eugen Diesel*⁵⁾ hält in seinem Buch „Das gefährliche Jahrhundert“, das gemäß dem Lebenswerk von Diesel vor allem auch um die Weltbedeutung der Technik kreist, das 20. Jahrhundert gleichsam auf die Höhe der Jahrtausende. Er sieht umwälzende und umgestaltende Kräfte am Werk, die das 20. Jahrhundert zu einem der größten Einschnitte der Weltgeschichte machen. „Kein lebender Mensch vermag die riesige Umlagerung unserer Epoche so zu durchschauen, daß es ihm möglich wäre, irgendeine der heutigen christlichen oder nichtchristlichen Religionen oder der überhaupt noch nicht näher benennbaren Strömungen und Bewegungen als die Trägerinnen der kommenden Religiosität zu bezeichnen. Aber mit aller Bestimmtheit dürfen wir annehmen, daß wir Zeugen und Miterlebende von Prozessen sind, welche die Religion der Zukunft so entscheidend bestimmen werden, wie es vor zweitausend Jahren das Christentum tat.“ Das zwanzigste Jahrhundert ist in seinen Augen auch deshalb eines der größten der Weltgeschichte, weil es das Jahrhundert des Weltfriedens sein wird. „Es ist wahrscheinlicher, daß der Weltfriede kommt, als daß_ in infinitum Kriege ausgefochten werden. Es ist utopischer, ewig fortgesetzte Kriege als den Weltfrieden anzunehmen. Dieser wird eine Frucht der Weltgeschichte, der Technikgeschichte, der Wissenschaftsgeschichte und einer neuen, mit politischen Umgestaltungen verknüpften Rechtsschöpfung sein, aber auch in vielfachem Zusammenhang stehen mit großen religiösen Strömungen der Zukunft.“

4) Emil Franzel: Geschichte unserer Zeit 1870—1950. München, R. Oldenbourg.

5) Eugen Diesel: Das gefährliche Jahrhundert. Bielefeld. Erich Schmidt.

Klaus Peter Schulz

PUBLIZISTEN GEGEN PROFESSOREN

Kritische Randbemerkungen zur „Synchronoptischen Weltgeschichte“ von Arno und Anneliese Peters (Universum-Verlag, Frankfurt a. M.)

Bevor die herbste nur denkbare Kritik einsetzt, die wohlgerne weniger den Autoren als dem Fördererkreis dieser Neuerscheinung gilt, müssen ihre unbestreitbaren Vorzüge hervorgehoben werden. Ein guter Einfall bleibt auch dann ein guter Einfall, wenn er, wie das hier leider geschehen ist, zu ebenso eindeutigen wie einseitigen Tendenzen mißbraucht wird. Die Geschichte, für den Eingeweihten vielleicht der interessanteste und erregendste Lehr- und Unterrichtsstoff, pflegt den meisten Schulkindern und Jugendlichen ein Greuel zu sein, weil er meist unzulänglich dargeboten wird. Wer nicht schon von daheim eine gewisse Neigung zur Geschichte mitbringt, gerät auf der Schulbank angesichts des Dickichts oft widerspruchsvoller und schwer zusammenzuordnender Ereignisse in eine heillose Verwirrung. Hinzu kommt die auch heute mancherorts noch beliebte, allzu schematische und unproduktive Zahlenpaukerei, die besonders geeignet ist, dem jungen Menschen nicht nur die Freude, sondern auch die lebendige Beziehung und vor allem die notwendige Ehrfurcht gegenüber der Menschheitsvergangenheit häufig für immer zu rauben. Die Verfasser der Synchronoptischen Weltgeschichte wollten einen anderen, erfolgreicherem Weg beschreiten, und dies ist ihnen auch gelungen. Der gesamte unermeßliche Stoff ist sechsfarbig in Wirtschaft, Geistesleben, Religion, Politik, Kriege und Revolutionen eingeteilt. Jede Doppelseite umfaßt, horizontal gegliedert, ein Jahrhundert. In der Vertikale sind die Ereignisse des jeweiligen Jahrhunderts nach der vorhin schon erwähnten Einteilung in die sechs Sachgebiete recht übersichtlich gegliedert. Die oberen Abschnitte jeder Seite sind den technischen, wirtschaftlichen und geistigen Leistungen eines Jahrhunderts vorbehalten, während auf den unteren Abschnitten die wesentlichsten Ereignisse stichwortartig erwähnt werden. Jeweils die Mitte einer Doppelseite bleibt den Männern und Frauen vorbehalten, die in irgendeiner Form Geschichte machten, und zwar genau innerhalb der Jahre und Jahrzehnte, in denen sie gelebt und gewirkt haben. Es muß vorbehaltlos anerkannt werden, daß bei der Darstellung des geschichtlichen Wirkens einzelner Persönlichkeiten den großen geistigen Schöpfern, den Religionsstiftern, Philosophen, Künstlern und Erfindern grundsätzlich viel mehr Raum gewidmet ist als den Herrschern und mehr oder minder erfolgreichen Schlachtenlenkern. Dadurch wird endlich einmal die volks- und jugenderzieherisch so wichtige Wahrheit vermittelt, daß die Geschichte der Menschheit unendlich viel mehr gewesen ist als ein Sammelsurium von Regierungsdaten, Kriegen und Friedensschlüssen.

Ohne die fast auf jeder Zeile geradezu schreiende politische Tendenz und die daraus resultierenden Schiefheiten, Vergrößerungen und Unwahrhaftigkeiten hätte man sich also mit einem überaus verdienstvollen Werk auseinanderzusetzen. Diese Tendenz liegt aber so unverkennbar auf der Hand, daß es wirklich nur einer flüchtigen Durchsicht bedarf, um sie herauszufinden. Bei der Überprüfung der Korrekturbogen, die mir ein purer Zufall bereits im Sommer, kurz vor der Drucklegung des Werkes, in die Hände spielte, stieß ich zunächst auf den Namen *Karl Marx*, über ihn heißt es: „Deutscher Philosoph und Politiker. Erforschte in enger Zusammenarbeit mit Friedrich Engels die Bedeutung der Wirtschaft im Leben aller Völker und Zeiten. Zeigte die inneren Wider-

Sprüche des Kapitalismus auf. Lehrte den Klassencharakter von Kriegen und Krisen und forderte ihre Beseitigung durch Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit und durch Planwirtschaft. Gab der Arbeiterklasse das Bewußtsein ihrer Kraft und wies ihr durch den wissenschaftlichen Sozialismus ihre historische Aufgabe bei der Schaffung der klassenlosen Gesellschaft.“ Wieweit man die Theorie von Karl Marx mit dem durchaus modernen Begriff der Planwirtschaft überhaupt in Zusammenhang bringen kann, ist wissenschaftlich zumindest sehr zweifelhaft. Die Aussage aber, Marx habe der Arbeiterklasse durch den wissenschaftlichen Sozialismus ihre historische Aufgabe gewiesen, ist ganz unbestreitbar als wertend aufzufassen. Sie mag einem als solchem auftretenden sozialistischen Geschichtsschreiber wohl anstehen, gehört aber zweifellos nicht in ein Geschichtswerk, das in seinem Vorwort ausdrücklich verheißt, es werde keine Deutung oder Wertung erstreben.

Durch diese Entdeckung neugierig geworden, informierte ich mich anschließend bei A. und A. Peters über *Lenin*: „Sowjetischer Staatsmann. Führte die erste proletarische Revolution der Welt zum Siege. Erhob die Arbeiterklasse zur tragenden Staatsmacht (Diktatur des Proletariats), überführte Großgrundbesitz, Fabriken und Bodenschätze in das Eigentum der Allgemeinheit. Entwickelte den wissenschaftlichen Sozialismus nach den Gegebenheiten unseres Jahrhunderts. Forderte die revolutionäre Beseitigung des Weltkapitalismus durch die von den Kommunisten geführte klassenbewußte Arbeiterschaft.“ über *Stalin* erfährt der ob solcher Mitteilungen gewiß freudig überraschte Leser unter anderem, daß er die erste sozialistische Verfassung geschaffen, die Planwirtschaft verwirklicht und die rote Armee als Volksheer ausgebaut habe. (Der Name *Trotzkis* wird von den Herausgebern, wahrscheinlich zur Vermeidung von Gewissenskonflikten, vorsichtshalber überhaupt nicht erwähnt.) Aber Stalin gab ferner „als anerkannter Führer der Sache des Weltkommunismus den Lehren von Marx — Engels — Lenin ihre für die Gegenwart gültige Ausprägung“. 25 Millionen allein russischer Zwangsarbeiter, totale Rechtsunsicherheit, bis zur letzten Vollendung durchorganisierter Polizeistaat, Menschenraub und Mißhandlungen: all das ist also „die für die Gegenwart gültige Ausprägung“ der Lehren von Marx und Engels! Sie würden sich im Grabe herumdrehen, aber das könnte ihnen wenig nützen, denn die Synchronoptische Weltgeschichte erstrebt bekanntlich keine Deutung und Wertung.

Nachdem ich mich noch am Rande darüber hatte belehren lassen, daß *Mao Tse-tung* „in enger Verbundenheit mit der Sowjetunion am Aufbau einer kommunistischen Wirtschaft und Kultur arbeitet“, daß hingegen *Friedrich Ebert*, statt irgendwelcher positiver Verdienste um den Aufbau eines modernen deutschen Rechtsstaates lediglich „die Fortführung der Revolution, gestützt auf den Generalstabschef des Kaiserreiches, verhindert habe“, bekam ich Lust zu einem kleinen Ausflug in die Vergangenheit. Was offenbaren uns A. und A. Peters und ihre Mitarbeiter über den Verlauf der für das ganze Abendland so ungeheuer wesentlichen Französischen Revolution? Nur zwei Namen sind erwähnt. *Robespierre* und *Babeuf*, wobei angemerkt sei, daß Babeuf mit dem eigentlichen Verlauf der Französischen Revolution von 1789—1794 nichts zu tun hatte, sondern erst unter dem Direktorium seine „Verschwörung der Gleichen“ organisierte *Mirabeau* und *Lafayette*, *Vergniaud* und *Condorcet*, *Danton* und *Desmoulins*, nicht einmal *Marat*, konnten sich in diesem Geschichtswerk auch nur die bescheidenste Erwähnung verdienen.

Nach dieser Kostprobe begann ich allmählich zu zweifeln. Nicht an den Absichten der Herausgeber und ihres Kreises, die vielmehr unverhüllt genug zu-

tage traten. Wohl aber an der geistigen Erleuchtung mancher unserer Kultusminister und Professoren, die, wie mir von Bearbeitern versichert wurde, in den höchsten Tönen für das neue Geschichtswerk eintreten wollten.

Eine gründliche Analyse dieser Weltgeschichte unter kommunistischer Inspiration würde den Rahmen eines Aufsatzes sprengen. Darum sollen hier die wichtigsten Einwände zusammengefaßt werden: Von der Urgeschichte der Menschheit an bis zum heutigen Tage werden alle historischen Ereignisse und Persönlichkeiten schabionisierend unter dem Gesichtspunkt gewertet, ob und was sie zum „gesellschaftlichen Fortschritt“ beigetragen haben. Nirgendwo wird das Geschichtswerk auch nur von einem Hauch jener wohltätigen Skepsis durchwaltet, die wir im Interesse der menschlichen Würde und Freiheit dem so fragwürdig gewordenen Fortschritt um jeden Preis entgegenbringen müssen. Da die Tendenz der Herausgeber nun einmal gegeben ist, finden viele Persönlichkeiten ausführliche Erwähnung, die von der objektiven Substanz her einen Platz in einer derartigen Zusammenschau nicht verdient hätten, andere, für die das Gegenteil zuträfe, werden überhaupt nicht genannt. Schon bei der Schilderung der ersten „großen sozialen Revolution“ in Ägypten im Jahre 2200 v. Chr. ist von „Arbeitern und Bauern“ die Rede, die „sich selbst regieren und allein die Früchte ihres Fleißes ernten“, überhaupt wimmelt es in dieser, zum höheren Ruhme Stalins verfaßten Weltgeschichte von Anachronismen, die zwar mit objektiver Geschichtsforschung und -darstellung nichts zu tun haben, wohl aber das Nachdenken des Lesers über geschichtliche Probleme in eine ganz bestimmte Richtung zwingen wollen. So wird häufig von dem Begriff „Proletariat“ gesprochen, als von einem Proletariat im modernen soziologischen Sinne noch gar nicht die Rede sein konnte. Philosophen, die sich zum idealistischen Prinzip bekennen, „lehren“, „behaupten“ und „erklären“ vorwiegend, während materialistische Philosophen grundsätzlich „entdecken“, „erkennen“ und „beweisen“: so zum Beispiel *Demokrit* die „Abhängigkeit aller Kultur von den Bedürfnissen der Menschheit“. Einen Höhepunkt an Geschichtsklitterung erreichen die Herausgeber bei ihrer Würdigung *Platos*. So behaupten sie, er habe im Privatbesitz und in den Klassengegensätzen die Ursache für die Fehler des Einzelnen und der Gemeinschaft erkannt, die volle Gleichberechtigung aller Menschen und die Abschaffung des Privatbesitzes gefordert. Dabei ist es für jeden, der die Theorien des großen griechischen Philosophen über den Staat auch nur einmal mit Verständnis gelesen hat, völlig klar, daß *Platos* aristokratischer Sozialismus von klassenloser Gesellschaft und Gleichberechtigung aller Menschen nichts wissen wollte. Er blickt im Gegenteil geringschätzig auf die produktive Arbeit von Handwerkern und Bauern, teilt die Gesellschaft aufs strengste in die drei Klassen der Gesetzgeber, der Wächter und der übrigen und hält die Abschaffung des Privatbesitzes nur innerhalb der ersten Klassen für notwendig. — Deutsche Kaiser und Könige des Mittelalters oder der Neuzeit bekommen von A. und A. Peters oftmals eine schlechte Note, besonders wenn es unter ihrer Regierung mit dem gesellschaftlichen Fortschritt Petersscher Auffassung zu hapern schien. Dagegen folgen sie in dem, was sie über *Iwan den Schrecklichen* und *Peter den Großen* sagen, getreulich der Auffassung des großen Stalin, der bekanntlich neuerdings diese beiden russischen Herrscher — was die Methodik der Regierung anbetrifft, sicher nicht ganz mit Unrecht — als eine Art bolschewistischer Vorläufer für die Nationalheiligtümer des Sowjetvolkes reklamiert.

Genug davon! Wenn die Herausgeber des Geschichtswerkes mit dem Kommunismus sympathisieren und einen gleichgesinnten Kreis von Mitarbeitern finden, dann ist das ihre Sache. Auch daß sie ihre Bestrebungen hinter Beteuerungen der Überparteilichkeit und Unvoreingenommenheit zu tarnen versuchen,

gehört zur althergebrachten kommunistischen Taktik, und es ist darum überflüssig, gegen ein moralloses Prinzip mit Moralgründen anzueifern. Der eigentliche Skandal um dieses Geschichtswerk beginnt mit dem unbegreiflichen und schmachvollen Hereinfall einiger deutscher Kultusminister und zahlreicher Universitätsprofessoren. Dieser Hereinfall ist so unerbittlich wie möglich, nämlich schwarz auf weiß, in einem Prospekt überliefert, der dem Geschichtswerk beigegeben ist. Daß *Thomas Mann* als erster Lobredner auftritt, ist nicht weiter verwunderlich: all die vielen, häufig wechselnden *politischen* „Erkenntnisse“ des großen Dichters wiegen objektiv nicht so viel wie eine einzige Zeile etwa des siebenten Kapitels seiner „Lotte in Weimar“. Ebenso wenig kann man sich darüber beschweren, daß dem Kommunismus oder der SED freundlich gesinnte Professoren, wie *Paul Oestreich*, nachdrücklich für das Geschichtswerk eintreten, „über andere Stellungnahmen können sich einem jedoch die Haare sträuben. Namhafte Gelehrte, die dem Kommunismus fernstehen, darunter sogar Professoren, deren katholische Überzeugung bekannt ist, wetteifern geradezu in Lobeshymnen über die Synchronoptische Weltgeschichte: „Zuverlässiges Material für selbständige Deutung und Synthese, der durch die beiden Verfasser nicht vorgegriffen wird . . .“ „Ihre universelle Sicht eröffnet der publizistischen und politischen Arbeit eine Blickweite, die der praktischen Nutzung historischen Wissens sehr förderlich sein wird . . .“ „Ein Werk, das keiner Wertung der historischen Ereignisse und Persönlichkeiten vorgreift.“ Und wie eine grelle Ironie des Schicksals wirkt es, wenn ein Professor hervorhebt, man könne einen wesentlichen Fortschritt darin erblicken, daß sowohl „die einseitig politische als auch die einseitig nationale Geschichtsdarstellung überwunden wurde“!

Ebenso wie die Professoren haben auch die Kultusminister einiger deutscher Länder aufs beschämendste versagt. Das Werk ist mit Unterstützung deutscher Kultusministerien herausgegeben. Zehntausende von Exemplaren waren bereits durch Vorausbestellung für Unterrichtszwecke angekauft worden.

Der mit soviel Bombast angekündigte Siegeszug des Geschichtswerkes wurde allerdings jäh unterbrochen, als die Presse auf dieses „rote Kuckucksei“ stieß. So bleibt die Hoffnung, daß es der deutschen Publizistik gelingen wird, durch ihre Wachsamkeit die deutsche Jugend vor einer unaufdringlich erscheinenden, aber um so gefährlicheren Verbildung zu bewahren, die um ein Haar durch die geradezu sträfliche Nachlässigkeit von „Sachverständigen“ aus Behörden und Universitäten hätte eintreten können. Und das ist und bleibt ein ernstes, ja erschreckendes Symptom. Muß man nicht von den verantwortlichen Führern und Aufsichtsorganen des deutschen Geistes- und Erziehungswesens wenigstens eine sehr gründliche Prüfung eines für Unterrichtszwecke in Aussicht genommenen Geschichtswerkes verlangen? Die in diesem Fall eingetretene blamable Panne sollte von einer kritischen Öffentlichkeit zu einer Mahnung und Warnung an die Verantwortlichen verdichtet werden: ohne die unglückselige Tendenz unserer Zeit zur Zersplitterung der Persönlichkeit durch Überhäufung einzelner im Vordergrund stehender Menschen mit Funktionen aller Art wäre vermutlich das Unglück kaum eingetreten. Die Kultusminister gehören nun einmal in erster Linie an ihre Schreibtische, die Professoren in ihre Hörsäle und Seminare. Nebenämter politischer und repräsentativer Art sollten nur so weit übernommen werden, als sich das mit der großen und unübertragbaren Verantwortung gerade dieser Kreise verträgt. Wenn solche Erkenntnis endlich einmal wieder etwas mehr beherzigt wird als das augenblicklich leider der Fall ist, werden vermutlich auch solche freundlichen und gemeinplätzlichen Stellungnahmen wie die vorhin zitierten, in der Regel hastig verfaßt, keinem geistigen Unheil mehr den Weg bereiten können.

LEONARD NELSON

„Echter Idealismus und echter Wahrheitssinn sind nicht zu trennen vom Streben nach Verwirklichung; ja der eine wie der andere lebt nur darin.“ *Leonard Nelson*, der am 29. Oktober 1927 in Göttingen nach einem kurzen, verzehrenden Leben die Augen schloß, hatte seine ganze Existenz dieser einen Aufgabe unterworfen, eine große und für ihn umfassende Erkenntnis in die Wirklichkeit zu übersetzen. Sein Werk ist für die Ideengeschichte des Sozialismus von hervorragender Bedeutung geworden..

Nelsons Kritik an dem bis dahin noch weitgehend unerschütterten Gefüge des dogmatischen Marxismus innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung nimmt von zwei entscheidenden Voraussetzungen ihren Ausgangspunkt. Sie leugnet die Theorie einer in sich selbst begründeten historischen Notwendigkeit, wie sie Marx im Anschluß an die Hegelsche Philosophie der Geschichte übernimmt, und sie stellt ihr den Menschen als freies, verantwortliches Wesen gegenüber. Der Mensch ist kein Funktionär eines geschichtlichen Sinnes, der seiner eigenen Vollendung über Katastrophen entgegenkriecht; die Geschichte ist Zufall, sofern sie von diesem einen Zufall allein abhängig ist, ob „sich ein Wille entschließt“, eine sittliche Wahrheit in ihr zu verwirklichen. Der Mensch, dem somit alle Bürde der Verantwortung auferlegt ist, findet in sich selbst den Kompaß, der ihm die Richtung anzeigt. Wir vermöchten dieses Leben nicht zu ertragen, wenn uns nicht die Möglichkeit gegeben wäre, die Idee einer rechtlich geordneten Gesellschaft zu erkennen und Menschen durch Erziehung fähig zu machen, sie durch das Handeln Gestalt werden zu lassen.

Das Leben wird in seiner inneren Ordnung aufgewiesen, Nelson sucht seinen Ausgangspunkt in dem Bereich der mathematischen Naturwissenschaften; über dem Reiche der Notwendigkeit erhebt sich jedoch das Reich einer vernünftigen Bestimmung, das für den Menschen durchaus erkennbar ist. Es trägt einen überzeitlichen, der Geschichte und ihren Wechselfällen für immer entzogenen Charakter, es ist ein bleibender Bezirk, der sich selber trägt. Geschichte ist seine Gestaltwerdung durch Freiheit, sie ist an das Gesetz gebunden und schließt die Willkür im Sinne eines Beliebens in scharfer Weise aus. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den Menschen, wie im platonischen Staate muß der Vernünftigste, der das moralische Gesetz am deutlichsten erkannt hat, auch über die Voraussetzungen bestimmen, unter denen sich das Leben vollzieht. Wahrheit kann in keiner Form dem numerischen Prinzip verbunden werden, die Zahl bleibt eine reine Größe.

Der ethische Mensch handelt aus Pflicht. Nelsons ganzes Leben war gleichsam Form gewordene Pflicht, vor der das Vergängliche am sinnlichen Dasein wie eine Hülle abfällt. „Die Pflicht empfiehlt sich uns nicht durch einen Wert, den ihre Erfüllung mit sich bringt. Sie belohnt nicht. Sie ist kein Verdienst.“ Nur die Handlung ist gut, die durch Pflicht erfüllt wird. Es gibt daher keine notwendige Verknüpfung zwischen Pflicht und Befriedigung. Liebe ist ein freies Geschenk. „Die Pflicht dagegen ist ein Gesetz, und wer entschlossen ist, dieses Gesetz zu erfüllen, der muß bereit sein, seiner Liebe entgegen zu handeln.“

Nelsons Auffassung weist auf Kant zurück; zugleich ist bekannt, daß er der Philosophie des deutschen Idealisten *Jakob Friedrich Fries* und dessen Interpretation der Kantischen Kritiken Entscheidendes zu verdanken hat. Wie ein Block steht sein Werk heute vor uns, den Ansichten des marxistischen Revisio-

nismus diametral entgegengesetzt. In den Jahren der Weimarer Demokratie führten die Auffassungen Nelsons zu einer heftigen Auseinandersetzung im Lager der deutschen Linken und zwangen ihn schließlich dazu, fast allein seinen Weg zu gehen. 25 Jahre nach seinem Tode sind diese Kämpfe vergangen, und die Zeit ist dafür reif, seinem Bilde Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zugleich wird auch eine Kritik nunmehr die Voraussetzung vorfinden, wie sie die geschichtliche Distanz gewährt.

Nelson hat mit Recht gesehen, daß nur die Einsicht in eine überdauernde menschliche Aufgabe der sozialen Bewegung ein echtes Fundament geben kann, sie muß eine sittliche Grundlage haben, die auch dann noch gilt, wenn uns die Geschichte enttäuscht. Ähnlich hat später Max *Adler* seine Aufgabe verstanden und den Marxismus einer Korrektur unterzogen. Um der Würde des Menschen willen haben wir uns soziale Ziele gesetzt, um unserer Würde willen müssen wir sie in die Tat übersetzen. Das schließt auch bei Nelson die Innigkeit eines wahren religiösen Gefühls keineswegs aus, wir haben vielmehr die ruhige Gewißheit, daß „je ausschließlicher und unbedingter wir uns dieser Aufgabe weihen, desto freier und stärker Begeisterung und Wärme des religiösen Lebens unter uns erwachen wird“.

Die, man könnte sagen, aufklärerische Kritik im besten Sinne, die Nelson am reinen Geschichtsdenken des 19. Jahrhunderts übt, enthält fraglos eine bleibende Berechtigung. Die letzte ideologische Erklärung der internationalen Sozialdemokraten bejaht sie, wenn sie in eindeutiger Weise die sogenannte Notwendigkeitstheorie fallen läßt und das freie, sittliche Tun wieder in seine Rechte setzt. Jedoch muß man Nelson gegenüber geltend machen, daß er nicht nur das rein intellektuelle Moment, das Moment der Einsicht in gleicher Weise wie Sokrates ■— dem er sich tief verbunden wußte — in allzu starker Form überbetont hat, sondern daß er nicht genügend Gewicht darauf legte, die reine sittliche Wahrheit zu der Geschichte in eine sinnvolle Beziehung zu bringen. Die Geschichte fragt nach der Möglichkeit, sie fragt nach den Grenzen, die durch eine gegebene gesellschaftliche und geistige Situation gesetzt sind und innerhalb derer eine sittliche Aufgabe verwirklicht werden soll. Die Erkenntnis einer unendlichen Wahrheit muß ihre Ergänzung finden durch eine nüchterne Analyse des vorhandenen Zustandes, damit Wirklichkeit und Idee auf eine fruchtbare Weise einander verbunden werden; allzusehr stehen sich bei Nelson absolute Aussage und die Gebrechlichkeit des Endlichen gegenüber. So ist seine Kritik der Demokratie zwar der Sache nach richtig und wird es vermutlich immer bleiben, angesichts der Wirklichkeit bleibt jedoch seine Alternative, der reine Vernunftstaat, eine Utopie.

Die Einsicht in das Reich der sittlichen Wahrheit ist ein Werk der Vernunft; sie ist spröde und läßt dem Gefühl keinen Raum. In dem gemeinsamen Bemühen jedoch, in der Freundschaft, die um der Verwirklichung willen geschlossen wird, entfaltet sich die Tiefe des Gemütes in einer Schönheit der Sprache, die Nelson zu den ersten philosophischen Schriftstellern deutscher Zunge erhebt. „Die höchste Form der Gemeinschaft ist die Freundschaft.“ Der griechische Geist, der in den Schriften Nelsons lebt, findet hier seinen unmittelbarsten Ausdruck. Freundschaft ist Erotik in ihrem vergeistigsten Sinne, Eros nach der Wahrheit.

Das Leben dieses Göttinger Professors ist durch eine beinahe übermenschliche Konsequenz gekennzeichnet; er ging unerschüttert seinen Weg. „Du kannst, denn du sollst“ war die Devise, der er sich in jedem Falle unterwarf. Er war ein „Zufall“, um mit *Nietzsche* zu reden, volle Verkörperung der Identität von Wahrheit und Leben. Sein Leben selbst ist zum Ideal geworden.